

Luchterhand Flugschrift 5

**»Ethnische
Säuberung« –
Völkermord
für »Großserbien«**

**Eine Dokumentation
der Gesellschaft für bedrohte Völker**

Hg. von Tilman Zülch

Sammlung Luchterhand 

Luchterhand Flugschrift

Zu allen Zeiten war die Flugschrift ein Mittel der Auseinandersetzung über den Menschen bedrohende politische Entwicklungen. »Luchterhand Flugschriften« werden in unregelmäßiger Folge zu solchen Fragen Stellung nehmen.

Sie werden sich einmischen, Partei ergreifen, streiten, provozieren: gedruckte Aufschreie gegen Gewalt und Völkermord, soziale Ungerechtigkeit und ökologische Gefahren.

Bisher erschienen:

Luchterhand Flugschrift 1

»Ich will reden von der Angst meines Herzens«. Autorinnen und Autoren zum Golfkrieg. (März 1991, vergriffen)

Luchterhand Flugschrift 2

Völkermord an den Kurden. Eine Dokumentation der Gesellschaft für bedrohte Völker. (April 1991, SL 1001)

Luchterhand Flugschrift 3

Lateinamerika: Die permanente Invasion 1492–1992. (Oktober 1991, SL 1040)

Luchterhand Flugschrift 4

Stoppt die Gewalt! Stimmen gegen den Ausländerhaß
Herausgegeben von Michael Jürgs und Freimut Duve.
(Januar 1992, SL 1041)

Luchterhand Flugschrift 5

»Ethnische Säuberung« – Völkermord für »Großserbien«

Eine Dokumentation
der Gesellschaft für bedrohte Völker
Herausgegeben von Tilman Zülch

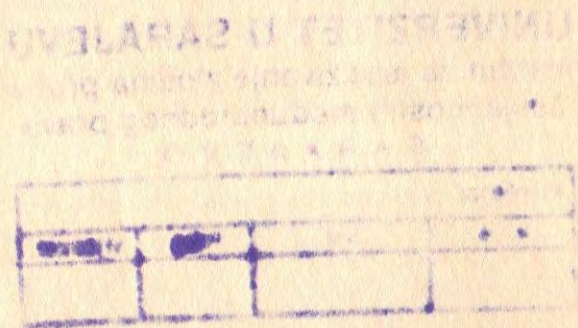
UNIVERZITET U SARAJEVU
Institut za istraživanje zločina protiv
čovječnosti i međunarodnog prava
SARAJEVO

Primljeno:			
Dr. ☐	Broj	Put	Wissen

Luchterhand
Literaturverlag

Redaktion: Inse Geismar, Gundula Zeitz

Gewidmet Dr. Ines Köhler-Zülch und Erika Zülch



Originalausgabe

Sammlung Luchterhand, Januar 1993

Lektorat: Klaus Humann

Luchterhand Literaturverlag GmbH, Hamburg · Zürich. Copyright © 1993
by Luchterhand Literaturverlag GmbH, Hamburg · Zürich. Alle Rechte
vorbehalten. Umschlagentwurf: Max Bartholl. Satz: Utesch, Hamburg.
Druck: Ebner Ulm. Printed in Germany.

ISBN 3-630-71084-0

1 2 3 4 5 6 97 96 95 94 93

Inhalt

VORWORT 9

»ETHNISCHE SÄUBERUNG« – HINTERGRÜNDE UND MOTIVE

Tilman Zülch/Benedikt Stumpf
Vielvölkerstaat Jugoslawien zweimal gescheitert 13

Elisabeth von Erdmann-Pandzic
Vordenker des Krieges. Die Geheimschriften
der Serbischen Akademie 18

Milan Stern
Karadzic war mein Kollege 22

»ETHNISCHE SÄUBERUNG« UND VÖLKERRECHT

Konvention über die Verhütung und Bestrafung
des Völkermordes 25

Alfred de Zayas
Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien aus
völkerrechtlicher Sicht 27

Johannes Vollmer
»Schande über dieses Europa«
Das Versagen des Westens 32

George Kenney
»Die meisten wußten es eigentlich besser«
Enthüllungen aus dem US-State Department 37

Mütter für den Frieden – Bedem Ljubavi
Offener Brief an Cyrus Vance 42

Benedikt Stumpf
»Rettet die Menschlichkeit« 44

»ETHNISCHE SÄUBERUNG« IN DEN REGIONEN

■ Kroatien

Ivica Kostovic/Milos Jugas

- »Wer Glück hatte, wurde nachts durch Klopfen an der Tür geweckt«
Zusammenfassender Bericht über Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Genozid und »Ethnische Säuberung« im Krieg gegen Kroatien 1991/92 47

Benedikt Stumpf

- Böses erzeugt Böses 55

Die Minderheiten als Opfer serbischer Aggression

- Die Situation der Ungarn in den Kriegsgebieten Kroatiens 58
Tschechen und Slowaken wollen in Kroatien bleiben 60
Die Vertreibung der Russinen und Ukrainer 61
Deutsche in Kroatien: Die Mehrheit mußte flüchten 61
Die Vertreibung der italienischen Gemeinschaft aus Pakrac 62
Zeugenaussage 63

■ Bosnien-Herzegovina

Tilman Zülch

- Genozid in Bosnien 65

- Beschluß des Kriegspräsidiums über den Status der nichtserbischen Bevölkerung in Celinac 72

Milan Stern

- Der Exodus der jüdischen Gemeinde Sarajevos 75

Tilman Zülch

- Bosniens »Kristallnacht« oder Die Zerstörung einer islamischen Kultur 77

Roy Gutman

- Das Konzentrationslager Omarska: Spuren des Todes verwischt 79

Roy Gutman

- Im Konzentrationslager Brcko 90

Roy Gutman

- Grauen in Bosanski Samac 92

Tilman Zülch

- Verbrannt – zerstört – vernichtet
Das Schicksal der nichtserbischen Einwohner des Bezirks von Prijedor 94

- »Ein häßlicher Alptraum«
Der letzte Brief des Bürgermeisters von Prijedor 99

Roy Gutman

- Das Massaker von Visegrad 102

Roy Gutman

- »Wir haben Befehl, Mädchen zu vergewaltigen« 105

Roy Gutman

- Die Nacht des Terrors
»Vor den Augen ihres Vaters vergewaltigt« 110

Roy Gutman

- Deportationen
»Wie Vieh wurden wir abtransportiert« 112
Zeugenaussagen 116

■ Vojvodina

Föderalistische Union der Europäischen Volksgruppen Vojvodina

- Terrororganisationen gegen die Ungarn 139

C. Sr.

- Wie aus Hrtkovci Srboslavci wurde 142

Mladen Loncar

- Verletzung der Menschenrechte in der Vojvodina und Novi Sad 144

- Zeugenaussagen 145

■ Sandschak

Tilman Zülch

Der Sandschak stirbt jeden Tag ein Stück mehr 149

■ Kosovo

Christine von Kohl

Kosovo – Zeitbombe auf dem Balkan 152

Felicitas Rohder

Kosovo: »Ethnische Säuberungen« haben bereits
begonnen 157

»ETHNISCHE SÄUBERUNG« ÜBERWINDEN

Bosiljko Domazet

»Unsere Seele kann man nicht mit Waffengewalt vertreiben« 161

Felicitas Rohder

Stein um Stein: Kroatien und Bosnien-Herzegovina
wiederaufbauen 162

Aida Daidzic

Bosnien war ein »kleines Europa« 164

Appell der bosnisch-kroatischen Friedensbewegung 165

DIE AUTOREN 168

Vorwort

Hunderttausende Europäer, bosnische Muslime, laufen wie die Juden in den 30er Jahren um ihr Leben, stehen vor geschlossenen Grenzen. Zehntausend KZ-Häftlinge mußten monatelang auf ihre Freilassung warten, weil europäische Regierungen die Aufnahme verweigerten. Und das, obwohl sie genau wissen, daß allein in drei serbischen Vernichtungslagern, in Omarska, Luka-Brcko und Keraterm, 6500 Zivilgefangene ermordet wurden. Die Zahl der bosnischen Opfer wird inzwischen 200 000 überschritten haben. Sie starben in den Konzentrationslagern, nach Vergewaltigungen und in geschlossenen Güterwagen, während der Massaker und standrechtlichen Erschießungen überall in den Dörfern Bosniens, bei den ständigen Bombardements der eingeschlossenen Städte.

Historische Situationen sind nie identisch, aber Parallelen drängen sich auf: Die 80 000 in Sarajevo eingeschlossenen Kinder, ausgehungert, entkräftet und von Seuchen bedroht, mahnen an die Menschen im Kessel von Leningrad. Serbische Sonderbestimmungen für die noch nicht von den Deportationen erfaßten Muslime und Kroaten in den bosnischen Städten erinnern an die NS-Judengesetze. Verboten ist der Aufenthalt in öffentlichen Gebäuden, die Benutzung von Verkehrsmitteln, das Betreten der Straßen zu bestimmten Tageszeiten, Beerdigungen mit mehr als zwei Teilnehmern. Zwangsarbeit ist vorgesehen. Die Menschen müssen stündlich mit Entführungen, Vergewaltigungen und Morden rechnen. Die Hodschas, die islamischen Geistlichen, werden gejagt und auf offener Straße totgeschlagen. Schon 620 Moscheen, ungezählte Bethäuser, ehrwürdige Medressen und Bibliotheken wurden gesprengt oder gingen in Flammen auf.

Doch Serbien führt nicht nur Krieg gegen Bosnien. Im besetzten kroatischen Ostslawonien und in der Baranja wurden Kroaten und Ungarn, Tschechen, Slowaken, Ukrainer, Russinen, slawonische Italiener und Donauschwaben vertrieben, getötet oder sind verschwunden. Auch in der Vojvodina, dem Sandschak und dem Kosovo wurde mit der Politik der »Ethnischen Säuberung« begonnen. Über eine halbe Million Menschen, Ungarn, Muslime und Albaner, haben diese Regionen schon verlassen müssen.

»Blutvergießen und menschliches Leid haben apokalyptische Ausmaße erreicht«, erklärten 64 Nobelpreisträger bereits Anfang 1992 in einem gemeinsamen Appell für den Frieden in Bosnien-Herzegovina, in dem sie Serbiens Streben nach »Lebensraum« eindeutig verurteilten und dabei bewußt diesen nationalsozialistischen Terminus verwandten. Schon ein ganzes Jahr zuvor hatten über 40 der Nobelpreisträger die Aggression gegen Kroatien verurteilt und sieben ihrer Sprecher den Aufruf auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der Gesellschaft für bedrohte Völker in Stockholm den Medien vorgestellt.

In Deutschland reagierten das Protestestablishment, die intellektuellen Eliten, große Teile der Friedensbewegung und die evangelischen Kirchen überwiegend mit Schweigen, Desinteresse, Herzlosigkeit. Auch Bundespräsident von Weizsäcker blieb stumm.

Der Aufschrei blieb aus. Protest ist nicht angesagt. Man produziert Ausflüchte, relativiert, spricht von Verbrechen aller Parteien, erklärt die Unvergleichbarkeit des Geschehens mit den NS-Verbrechen. Aber welchen Sinn soll eigentlich die ständige Beschwörung der Verbrechen des Nationalsozialismus haben, die allseits geforderte »Trauerarbeit«, die keinen Ermordeten wieder lebendig machen kann, wenn man die Hilferufe aus den bosnischen KZs der Gegenwart überhört, nicht einmal in der Lage ist, Genozid und Angriffskrieg auch nur wahrzunehmen?

Als Anwalt der kleinen Völker des ehemaligen Jugoslawien hatte die deutsche Bundesregierung 1991 die Europäische Gemeinschaft zunächst für die staatliche Anerkennung Kroatiens und Sloweniens gewinnen können. Dabei hatte Genscher auch Unpopularität in Kauf genommen. Seither ist die deutsche Politik weit zurückgefallen. Man hat dem Leiden der Bosnier allzu lange passiv zugesehen. Und die Bundesregierung hat ihr Ansehen in Kroatien nicht genügend genutzt, um Präsident Tudjman an seiner wiederholten Kollaboration mit dem serbischen Aggressor gegen Bosnien zu hindern.

Auch die westlichen Großmächte, zentrale Entscheidungsträger bei den Vereinten Nationen, verstecken sich hinter Scheinaktivitäten. Die UNO wird instrumentalisiert, um die Weltöffentlichkeit zu beruhigen. Endlose Verhandlungen mit den Kriegsverbrechern setzen immer neue Fristen, ermöglichen immer neue Verbrechen, immer neue Eroberungen. Ablenkungsmanöver wie der Mittelrand-Besuch in Sarajevo, die unzähligen Waffenstillstandsabkommen, das Wirtschaftsembargo über Serbien, die Adria-Blockade, das Flugver-

bot die Einziehung der schweren Waffen, wurden nie konsequent durchgesetzt. Die Existenz von KZs und die Einkesselung einer dreiviertel Million Menschen in belagerten Städten wurden zum humanitären Problem heruntergespielt. Monatelang verhandelten UNHCR und IKRK über Inspektionsmodalitäten und Korridore. Die Schließung der Lager und die Öffnung der Städte waren für den Westen kein vordringliches politisches Problem.

Die Regierung Bush hatte das State Department angewiesen, Berichte über serbische Greuel zu verharmlosen und den Anschein außenpolitischer Initiativen zu erwecken.

Jetzt läuft der Countdown. Wohl acht Prozent der bosnischen Muslime und der mit ihnen lebenden Kroaten sind bislang ums Leben gekommen. Die Menschen in den eingeschlossenen Städten Sarajevo, Bihac und Gorazde sind am Ende ihrer Kräfte. Weitere 500 000 Flüchtlinge in Mittelbosnien sind ebenfalls mit Hunger, Kälte und Epidemien konfrontiert. Die Zahl der Opfer dürfte sich in diesem Winter verdreifachen. Gleichzeitig setzt Serbien seinen Angriffskrieg ungehindert fort.

Die Chance, den Krieg ohne militärisches Eingreifen durch Wirtschaftsblockaden zu beenden, wurde vertan. In Bosnien und Kroatien rufen nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die Hilfswerke und die Friedensbewegung nach einer Intervention von außen, nicht nur von UN-, sondern auch von NATO-Truppen. Denn die serbische Armee ist noch aus Titos Zeiten hochgerüstet, verfügt über Waffensysteme im Werte von 52 Milliarden Dollar. Nur die bosnischen Truppen werden von dem Waffenembargo getroffen.

Traditionelle Militärexperten raten von jedem Eingreifen ab. Eine Armada von 150 000 Soldaten sei angeblich notwendig. Aber hier soll kein Krieg begonnen, sondern eine Aggression defensiv beendet, soll das scheußlichste Verbrechen, zu dem Menschen imstande sind, Völkermord, angehalten werden. Dazu bedarf es überlegter, kalkulierter Schritte. Das Flugverbot für serbische Kampfflugzeuge muß nicht nur verhängt, sondern auch durchgesetzt werden. Die Versorgungskorridore zu eingeschlossenen Städten müssen militärisch gesichert, Konzentrationslager und Zwangsbordelle mit Gewalt geöffnet werden. Es gibt Konsens in Deutschland, daß man Dachau schon 1934 mit militärischer Gewalt hätte öffnen, Hitler hätte stürzen müssen. Welchen Grund gibt es also, 1992 in Europa wieder Vernichtungslager hinzunehmen? Bosnien-Herzegovina ist ein international anerkannter Staat, hat Sitz und Stimme in den

Vereinten Nationen. Seine Regierung, in der noch immer serbische Minister sitzen, kann ohne weiteres darum bitten, Truppen der UNO an seinen Grenzen zu Serbien zu stationieren. Diese würden den Nachschub unterbinden, die serbischen Kräfte, die große Teile Bosniens und ein Drittel Kroatiens zu einer Wüste gemacht haben, isolieren und könnten das multinationale Bosnien wiederherstellen.

Eine Intervention müßte auch im Interesse des »Anderen Serbien« liegen, seiner Friedensbewegung, der Zehntausende Deserteure und aller jener, die mit der Politik der Eroberung und Vertreibung nicht einverstanden sind, auch wenn es wenig organisierten Widerstand gibt. Ein Volk kann nie kollektiv schuldig sein; auch Serben sind unter den Opfern, unter den Flüchtlingen, wie es im Zweiten Weltkrieg Millionen Deutsche gewesen sind.

Bleibt die Hilfe des Westens aus, liegt die Alternative auf der Hand: Zwei Millionen Muslime als »Palästinenser Europas«, verstreut und in Vertriebenenverbänden organisiert, könnten mit Unterstützung des islamischen Fundamentalismus einen Krieg auf europäischen Bahnhöfen und Flugplätzen führen. Permanente Unruhe auf dem Balkan, Ausdehnung des Krieges auf den Kosovo, Übergreifen des Krieges auf Mazedonien, Verstrickung Albaniens und Bulgariens als Fürsprecher von Kosovo-Albanern und Slawomazedoniern und schließlich die Einmischung Griechenlands als Freund Serbiens und NATO-Staat könnten die Folge sein. Wird die Politik der »Ethnischen Säuberung« hingenommen, lauern Anschlußstädter überall in Osteuropa auf ihre Chance, Nationalitätenprobleme durch Pogrome und Massenvertreibung zu lösen.

Ich danke den Freunden, die mir mit Übersetzungen und bei der Bearbeitung des Materials geholfen haben: Yvonne Bangert, Ramona Cacic, Azra Dzajic, Joachim Abdul Raffert, Brigitta Sammler und Frank Witzel. Mein Dank gilt auch den Frauen von »Bedem Ljubavi – Mütter für den Frieden/Festung der Liebe« aus Kroatien und Bosnien-Herzegovina, insbesondere Jany Hansal, Slavica Bilic, Visnja Milas, Milka Brbot, Amalija Janovic, Hrvojka Paljan, Lejla Stern und Maja Boskovic-Stulli.

Tilman Zülch

»Ethnische Säuberung« – Hintergründe und Motive

Tilman Zülch/Benedikt Stumpf

Vielvölkerstaat Jugoslawien zweimal gescheitert

»Jugoslawiens Zerfall ist ›home made‹. (...) Weder im königlichen noch im kommunistischen Jugoslawien konnte sich eine demokratische politische Kultur entwickeln, die durch Toleranz, Berücksichtigung der Interessen des anderen und Respektierung seiner Würde gekennzeichnet wäre. Statt dessen wurden überall ›Feinde‹ gesucht und gesehen, in der Welt draußen wie im Innern des Landes, Feinde, die es zu vernichten galt«, schreibt der Südosteuropaexperte Wolfgang Libal.

Die Idee eines Jugoslawiens als Zusammenschluß aller südslawischen Völker hatte ihren Ursprung vor allem im Kroatien und Dalmatien des 19. Jahrhunderts. Ihre Verwirklichung schien erstmals gegen Ende des Ersten Weltkrieges möglich. Serbien und Montenegro wurden mit den ehemals österreichisch-ungarischen Gebieten im Norden und den bis 1912 türkisch verwalteten Regionen im Süden zusammengeschlossen. Nach der Zustimmung slowenischer und kroatischer Politiker ließ der serbische Thronfolger Alexander I. am 1. Dezember 1918 das »Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen« ausrufen.

Der neue Staat war jedoch schon in seiner Geburtsstunde durch Hypotheken schwer belastet. Völker mit völlig unterschiedlichem historischen und kulturellen Hintergrund und gegensätzlichen Erwartungen trafen aufeinander. So schlitterte das Königreich bereits in den ersten Jahren von einer innenpolitischen Krise in die andere. Knapp zweieinhalb Jahre nach seiner Gründung erhielt es – trotz der Gegenstimmen kroatischer und slowenischer Parlamentarier – eine zentralistische Verfassung.

Von Anfang an dominierten Serben das Königreich, denn König Alexander I. verfügte über eine überwiegend serbische Armee. Auch die Verwaltung lag weitgehend in serbischer Hand. In den Anfangsjahren hatten die starken Minderheiten der Albaner, Ungarn und Donauschwaben, vor allem auch die jugoslawischen Völker der

Kroaten, Slowenen, Bosnier und der islamischen und bulgarischsprachigen Mazedonier unter der serbischen Dominanz zu leiden. Die Situation eskalierte, als am 20. Juni 1928 Stjepan Radic, Führer der Bauernpartei und Integrationsfigur für die Kroaten, mit vier Mitgliedern seiner Partei einem Attentat im Belgrader Parlament zum Opfer fiel. Die Basis für ein Zusammenleben der beiden größten südslawischen Völker, der Serben und Kroaten, war damit weitgehend zerstört; statt dessen begann eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt.

Ein halbes Jahr später, am 6. Januar 1929, löste Alexander I. das Parlament auf und nahm den Kroaten und Slowenen jedes Mitspracherecht. Diktatorisch regierte er nun, gestützt auf seinen verhassten Ministerpräsidenten und Außenminister, General Petar Zivkovic, das »Königreich Jugoslawien«.

Aus den Reihen der Unterdrückten rekrutierten sich jene Terroristen (Mazedonier und Kroaten), die am 9. Oktober 1934 Alexander I. während eines Staatsbesuchs in Frankreich ermordeten.

Unter seinem Nachfolger, dem Prinzregenten Paul, wurde der Versuch unternommen, einen Ausgleich zwischen Kroaten und Serben zu erreichen. Am 27. März 1941 wurde dies durch einen Putsch serbischer Generäle jäh beendet und Jugoslawien auf einen Konfrontationskurs mit Hitler-Deutschland gebracht.

Am 6. April 1941 überfielen Truppen des nationalsozialistischen Deutschland mit italienischer Unterstützung Jugoslawien. Der mangelnde Verteidigungswille der nichtserbischen Soldaten in der königlichen Armee für einen Staat, den die nichtserbischen Völker nur als Unterdrückung erlebt hatten, führte schon am 17. April zur Kapitulation. Der jugoslawische Vielvölkerstaat unter serbischer Führung war zum ersten Mal gescheitert. Die Besatzungsmächte errichteten im Norden einen von Ustascha-Faschisten unter Ante Pavelic regierten deutschen Satellitenstaat. In Belgrad wurden General Nedic und andere Kollaborateure an die Spitze einer serbischen Zivilverwaltung mit eigenen Streitkräften gestellt. Die restlichen Gebiete wurden zwischen Nazideutschland, dem faschistischen Italien, Ungarn und Bulgarien aufgeteilt.

Schon innerhalb der ersten Monate der Besatzungszeit entwickelte sich ein Krieg aller gegen alle, der immer mehr Züge einer reinen Vernichtung des jeweiligen Gegners annahm; dies betraf nicht nur die kämpfenden Einheiten, sondern auch die Zivilbevölkerung.

In kroatischen wie serbischen Konzentrationslagern der Faschisten wurden damals Zehntausende ermordet, unter ihnen die Mitglieder der jüdischen Gemeinden von Zagreb und Belgrad.

Gegen die Besatzer bildeten sich verschiedene Widerstandsgruppen. Es kam zu Kämpfen zwischen den königstreuen, serbisch-nationalen Cetniks und der kommunistischen Partisanenbewegung unter Josip Broz Tito. Dabei scheute man auch nicht davor zurück, kurzfristige Zweckbündnisse mit den deutschen Besatzungstruppen einzugehen.

Titos »Volksbefreiungsarmee« gewann 1943 die Oberhand und setzte sich nach Kriegsende endgültig durch. Sie beging, wie Ustaschas und Cetniks, Kriegsverbrechen und völkermordartige Verbrechen. Einige Cetnikverbände schlossen sich den Kommunisten an. Den Führer des kroatischen Flügels der Partisanenbewegung, Andrija Hebrang, ließ Tito 1948 im Gefängnis erdrosseln.

Nach neuen Erkenntnissen fielen insgesamt mehr als eine Million jugoslawischer Bürger dem Krieg, Kriegsverbrechen sowie Völkermord zum Opfer. Für diese waren Nationalsozialisten, einheimische, italienische und ungarische Faschisten, Cetniks und Titoisten verantwortlich. Zu den Opfern von Kriegs- und Nachkriegsverbrechen zwischen 1941 und 1950 gehörten Juden, Roma, kroatische und bosnische Serben, Moslems, Albaner, Slowenen und Kroaten, Donauschwaben, Angehörige der Intelligenz und des Bürgertums verschiedener Nationalitäten, stalinistisch orientierte Kommunisten und Kirchenvertreter. Nicht jedoch genug mit dieser schrecklichen Bilanz: Die Opfer wurden im Nachhinein für politische Zwecke mißbraucht. So wurde die Anzahl der Ermordeten, je nach ideologischen und politischen Interessen, sei es im Exil, sei es im Land, sowohl nach oben als auch nach unten manipuliert. Keine Seite hat es bisher geschafft, die von ihr begangenen Verbrechen uneingeschränkt zuzugeben.

Eine Vergangenheitsbewältigung, die diesen Namen verdient hätte, konnte nicht stattfinden. Grund dafür ist vor allem die Geschichtsklitterung durch die Kommunisten in den Nachkriegsjahren, die damit eigene Untaten verschleiern wollten. Eine schwere Hypothek, die eine Vergütung zwischen den Völkern Jugoslawiens verhinderte und wesentlich dazu beigetragen hat, daß das heutige Blutbad entstehen konnte.

Die Kommunisten gliederten Jugoslawien in sechs Republiken und die beiden autonomen Regionen Kosovo und Vojvodina neu.

Dies war ein konstruktiver Ansatz für das Überleben des Vielvölkerstaates.

Zunächst extrem auf stalinistischem Kurs, wandte sich Tito jedoch bald von dieser Doktrin ab und ließ viele der orthodoxen Kommunisten auf der Sträflingsinsel Goli Otok foltern und ermorden. Einerseits um eine Lockerung des diktatorischen Regierungssystems bemüht, suchte Tito andererseits die dominierende Rolle der Partei zu erhalten. So gab es selbst in den 60er und 70er Jahren zur Zeit der Liberalisierung und Neutralität in Jugoslawien mehr politische Gefangene als in den meisten Ländern des Ostblocks, zuletzt sogar mehr als in der Sowjetunion. Bis in die 60er Jahre ließ Innenminister Alexander Rankovic über 100 000 Albaner vom Geheimdienst überwachen.

Demokratisierungsbewegungen wie den »Serbischen« und den »Kroatischen Frühling« in den 70er Jahren ließ Tito zerschlagen. Nach dem Tod des Diktators am 4. Mai 1980 schien sich die Macht der Kommunisten zunächst zu lockern. Doch die Parole der siegreichen Partisanenbewegung von 1945 »Brüderlichkeit und Einheit der südslawischen Völker« war Fiktion geblieben.

Seit 1981 traten während der »Demokratisierung« in Belgrad großserbische Kräfte an die Öffentlichkeit, die die Umwandlung des jugoslawischen Bundesstaates in einen von Serbien kontrollierten Einheitsstaat forderten. Bereits in den 30er Jahren hatte Vaso Cubrilovic, der als einer der zentralen großserbischen Ideologen gilt, begonnen, in seinen Schriften den Haß insbesondere gegen bosnische Muslime und Albaner zu schüren. Trotz seiner offensichtlich faschistischen Gesinnung wurde er unter Tito zum Minister ernannt.

Slobodan Milosevic wurde 1987 nach der Ausschaltung innerparteilicher Gegner Vorsitzender der Kommunistischen Partei (heute »Sozialistische Partei Serbiens«). Er entwickelte sich zur beherrschenden Persönlichkeit der großserbischen Bewegung. 1989 wurde er Präsident Serbiens und verfolgt seitdem zielstrebig eine großserbische Aggressionspolitik gegen die Nachbarstaaten getreu dem Prinzip »Wo Serben leben, da ist Serbien«. Die bis dahin autonome Region Vojvodina wurde – wie ein Jahr zuvor schon das Kosovo – völlig gleichgeschaltet.

Als Fundament seiner Politik diente Milosevic ein 1986 von der Serbischen Akademie der Wissenschaften veröffentlichtes Memorandum, das Propaganda gegen die nichtserbischen Völker beinhal-

tete. Darin wurde das Schreckensbild eines »offenen und totalen Krieges« gegen das serbische Volk an die Wand gemalt und suggeriert, es gäbe nur die Wahl zwischen Kampf oder Untergang. Mitinitiator war der heutige Präsident des sogenannten »Restjugoslawiens«, der serbische Schriftsteller Dobrica Cosic.

Eine einflußreiche Alternative zu Milosevics Politik gibt es zur Zeit in Serbien nicht, da selbst Oppositionspolitiker wie Vuk Draskovic extrem nationalistisch orientiert sind.

Als die serbische Führung von Slowenien und Kroatien verlangte, die Okkupation des Kosovo mitzufinanzieren und durch die Entsendung von Sondereinheiten zu unterstützen, wandten sich die nördlichen Republiken vom Regierungskurs ab. Schließlich opponierten die Slowenen und Kroaten, die muslimischen Bosnier, die Mazedonier, Albaner und Ungarn immer offener gegen die Vorherrschaft Belgrads. Sie forderten demokratische Reformen, die Weiterentwicklung ihrer Autonomiestatuten oder die Selbstbestimmung durch Umwandlung Jugoslawiens in einen lockeren Bundesstaat oder in eine Konföderation.

Aufgrund der Sezessionsbestrebungen der nichtserbischen Völker fürchteten die jugoslawische Bundesarmee und ihre Offizierskaste, die Anfang 1991 zu 80 Prozent aus Serben und Montenegrinern bestand, um ihre Privilegien. So verband sich das Klasseninteresse der Militärs mit dem großserbischen Chauvinismus und Anti-Islamismus vieler serbischer Intellektueller.

Jugoslawien zerfiel zum zweiten Mal.

Slowenien und Kroatien brachten verschiedene Kompromißvorschläge in das Staatspräsidium ein. Alle wurden abgelehnt. Schließlich erklärten die beiden Teilrepubliken am 25. Juni 1991 ihre Unabhängigkeit. Die Reaktion der Armee folgte prompt: Vom 27. Juni bis 8. Juli begann der Angriff gegen Slowenien.

In Kroatien hatten die Auseinandersetzungen mit serbischen Extremisten bereits im August 1990 begonnen. 1991 eskalierte die Situation zusehends. Kämpfe forderten immer mehr Todesopfer, die serbische Armee stellte sich immer mehr auf die Seite der serbischen Extremisten. Nach dem Überfall der »jugoslawischen« Armee Ende 1991 kontrollierten die Serben schließlich ein Drittel der Republik.

Nach der völkerrechtlichen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch eine Vielzahl von Staaten im Januar 1992 ebten die Kämpfe in der Republik Kroatien ab – mehr als 18 000 Verletzte, 13 500 Vermißte und 5 000 Tote waren die schreckliche Bilanz.

Nun war Bosnien an der Reihe. Schon wenige Stunden nach einer Volksbefragung, bei der sich 99,4 Prozent (bei 63 Prozent Wahlbeteiligung) für die »Unenteilbarkeit und Souveränität« ihrer Republik aussprachen, besetzten serbische Terroristen in der Nacht des 1. März 1992 die Straßen Sarajevos.

Die Welle der Gewalt griff in den kommenden Wochen auf weite Teile der Republik über. Am 3. April erklärte Fernsehen Sarajevo: »Der Krieg ist ausgebrochen.« Massenmorde, Massenvertreibungen, Massenvergewaltigungen und Konzentrationslager gehören seitdem in Bosnien-Herzegovina zu einem apokalyptischen Alltag.

Elisabeth von Erdmann-Pandzic

Vordenker des Krieges

Die Geheimschriften der Serbischen Akademie

»Keinem Volk Jugoslawiens wird die kulturelle und geistige Identität so massiv vorenthalten wie dem serbischen Volk.« So stand es vor sechs Jahren im »Memorandum SANU« geschrieben, einer geheimen Denkschrift. Verabschiedet worden war die Denkschrift während einer Sitzung der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Da sich kein Akademiemitglied öffentlich gegen diese Schrift äußerte, muß allgemeiner Konsens geherrscht haben.

In dem Schriftstück wurden einige Thesen formuliert, in denen die düstere Situation des serbischen Volkes in Jugoslawien festgestellt und Änderungsvorschläge gemacht wurden. Beklagt wurden besonders die wirtschaftliche Diskriminierung Serbiens, die ungeklärten staatsrechtlichen Beziehungen Serbiens zum Bundesstaat und zu den autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo, der »Völkermord« an den Serben im Kosovo und die Unterdrückung der Serben in Kroatien. Eine Änderung der Verhältnisse sollte mit der »demokratischen Mobilisierung aller geistigen und moralischen Kräfte des serbischen Volkes« und durch eine unitaristische Staatsform erreicht werden.

Die Klagen wurden zu einer Zeit erhoben, als Serben über folgenden Besitzstand innerhalb Jugoslawiens verfügten: Staatlich subventionierte Betriebe befanden sich überwiegend in Serbien oder in den serbisch besiedelten Gebieten von Kroatien und Bosnien. Der Großteil der in Slowenien und Kroatien erwirtschafteten Devisen ging nach Belgrad. In der kommunistischen Partei Kroatiens stellten

die Serben 40 Prozent bei 11,5 Prozent Anteil an der Bevölkerung. Über 60 Prozent der Polizisten in Kroatien waren Serben, und über 40 Prozent der Führungsposten in Wirtschaft und Verwaltung Kroatiens wurden von Serben besetzt; der Prozentsatz der Serben unter den Gastarbeitern war hingegen gering. Im Jahr 1985 betrug der Anteil der Serben und Montenegriner in der kommunistischen Partei rund 80 Prozent bei 40 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung Jugoslawiens. Über diese Mehrheit konnten die Wirtschaft, das politisch-gesellschaftliche Leben sowie die Außenpolitik kontrolliert werden. Der Anteil der Serben am Offizierskorps der Bundesarmee betrug über 70 Prozent. Seit 1981 benutzte Serbien die Bundespolizei, Bundesmittel und auch die Bundesarmee, um seinen Polizeiterror auf dem Kosovo aufrechtzuerhalten.

Die geheime Denkschrift der Akademie kursierte inoffiziell in über einer Million Exemplaren in Serbien, bevor sie einige Zeit später in einer serbischen und einer kroatischen Zeitschrift veröffentlicht wurde. Die dort geforderte »Mobilisierung« brachte Milosevic an die Regierung, der das Programm unter Einschluß älterer und noch umfassenderer Vorstellungen sogleich umzusetzen begann. Bis heute konnte er dabei mit der Unterstützung der Akademie rechnen. Zu den Urhebern der Denkschrift gehört eine Reihe von Persönlichkeiten, die nicht nur als Schriftsteller und Akademiemitglieder, sondern inzwischen auch in Staats- und Parteiämtern und durch ihre Präsenz in den Medien zu Autoritäten geworden sind. Dobrica Cosic, »Vater der Nation« und Verfasser von kriegsaufarbeitenden Romanen wie »Die Sonne ist fern«, »Der Verräter« und »Wurzeln«, ist einer der Initiatoren des Memorandums und inzwischen Staatspräsident der »Bundesrepublik Jugoslawien«. Sein engster Berater ist Svetozar Stojanovic, ehemaliges Mitglied der im Westen vielbeachteten »Praxisgruppe«. Mitglied der »Praxisgruppe« war auch Mihajlo Markovic, der stellvertretende Vorsitzende der Partei von Milosevic. Noch kürzlich bestätigte er, daß im Memorandum die serbischen Ziele zutreffend formuliert worden seien.

Ein drittes Mitglied der »Praxisgruppe«, der Philosoph Ljuba Tadic, ist im Vorstand der Demokratischen Partei tätig, deren oppositioneller Impuls in der Verbitterung darüber besteht, daß Milosevic nicht in der Lage war, die serbische Politik auf dem diplomatischen Parkett akzeptabel zu machen. Zur Führung der Opposition (DEPOS) gehören, angespornt vom gleichen Impuls der Verbitte-

rung über den ausbleibenden Erfolg, der Philologe Predrag Palavestra und der Schriftsteller Vuk Draskovic, der noch vor seinem politischen Engagement durch den Roman »Das Messer« aufgefallen war, sowie der auf Kinderliteratur spezialisierte Schriftsteller Matija Beckovic. Als Propagandisten aus eigener Berufung, das heißt ohne spezielles Amt, treten in den Medien die Schriftsteller Antonije Isakovic und Milorad Pavic auf. Weitere Schriftsteller, die nicht Akademiemitglieder sind, wie beispielsweise Brana Crncevic, Momo Kapor und Radomir Smiljanic, engagieren sich nach wie vor in der Partei von Milosevic.

Die Akademie und der Schriftstellerverband sind die Foren, wo die Eliten von Wissenschaft, Kunst, Regierung und Opposition friedlich zusammensitzen, sich besprechen und Pläne schmieden, an deren Ausführung sie sich direkt oder indirekt beteiligen. Einig ist man über das Ziel einer Veränderung der Grenzen auch mit kriegerischen Mitteln, während die Meinungen über den zu erwartenden Erfolg und die in Kauf zu nehmenden Opfer auseinandergehen. Angesichts dieser geballten Autorität ist es für das serbische Volk nahezu unmöglich, nicht zu glauben, was dort gesagt und für nötig befunden wird. Dies gilt um so mehr, als die serbisch-orthodoxe Kirche sich nicht widersetzt. Nach den Massakern in Lovas und Dalj sowie den ethnischen Säuberungen unter UN-Aufsicht in Ilok begann die Kirche vielmehr Fundamente für neue orthodoxe Gotteshäuser in den Ortszentren zu legen, nachdem zuvor noch etwa störende Gebäude gesprengt wurden. In Lovas war es Patriarch Pavle persönlich, der den Grundstein weihte.

Mit ihrem Memorandum konnte sich die Serbische Akademie der Wissenschaften und Künste stilistisch und inhaltlich auf eine ausgebildete Tradition stützen. Das würdigste Vorbild stellt die geheime Denkschrift von Innenminister Garasanin an den Fürsten Aleksandar im Jahr 1844 dar. Sie bestimmte, auf das mittelalterliche orthodoxe Kaiserreich der Serben zurückgreifend, die serbische Staatsidee, das Ziel der Vereinigung aller Serben und die Grenzen des Landes. Besondere Ambitionen, bei Bedarf auch mit Waffengewalt zu verwirklichen, richtete sie auf Bosnien-Herzegovina, Montenegro, Nordalbanien und die Vojvodina. Die geschichtliche Situation ist der heutigen durchaus vergleichbar. Damals war der Zerfall des Osmanischen Reiches schon abzusehen, wie 1986 der Zerfall des titoistischen Jugoslawien. Der Moment für eine Veränderung von Grenzen schien in beiden Fällen günstig.

Die von Ilija Garasanin formulierten, auf Nordalbanien gerichteten Ziele waren im ersten Jugoslawien nicht verwirklicht worden. Zwei geheime Denkschriften von 1937 und 1939 griffen sie wieder auf. Die erste stammte aus der Feder des Mitglieds der Attentätergruppe gegen den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand und späteren Akademiemitglieds Vasa Cubrilovic. Die andere hatte der Schriftsteller Ivo Andric verfaßt, der wenige Monate später vom korrespondierenden zum ordentlichen Akademiemitglied avancierte. Er erhielt 1961 als »jugoslawischer« Schriftsteller den Nobelpreis. (Die Denkschrift ist übrigens in seine Gesamtelten Werke nicht aufgenommen worden.)

Dem Akademiemitglied und prominentesten serbischen Philologen der Gegenwart, Pavle Ivic, ist es zu verdanken, daß in der aktuellen Diskussion auch jene Tradition wiederbelebt wurde, die Gebietsansprüche mit wissenschaftlichen Argumenten zu rechtfertigen versucht. Ivic, heute Präsident einer Institution, der die Verbreitung serbischer Kultur im Ausland obliegt, benutzte ein sprachgeschichtliches Argument, das seinerzeit von dem legendären serbischen Philologen Vuk Karadzic (1787 bis 1864) entwickelt worden war. In seiner Schrift »Alle und überall sind Serben« (1849) behauptete Karadzic, daß alle Menschen, deren Sprache auf dem stokavischen Dialekt beruht, Serben seien. Mit dieser Definition konnte der störende Umstand elegant bewältigt werden, daß die literarische Entwicklung und Standardisierung dieses Dialekts zur Schriftsprache bis zum 19. Jahrhundert ganz ohne Beteiligung der Serben verlaufen waren. Karadzic verband sein Argument direkt mit Territorialfragen, weshalb sich die serbische Philologie bis heute auch mit Kartographie beschäftigt.

Militärisch konnte man die Wirksamkeit dieser Argumentation zu Beginn des Krieges gegen Kroatien am angestrebten Grenzverlauf bei Virovitica, Karlovac und Karlobag abgelesen. Nordwestlich dieser Linie befinden sich die kajkavischen und cakavischen Sprachgebiete der Kroaten, südöstlich die der stokavischen Kroaten, bosnischen Muslime und der grundsätzlich stokavischen Serben. Gilt das Argument: stokavisch gleich serbisch, müssen der größte Teil Kroatiens und ganz Bosnien-Herzegovina an Serbien angeschlossen werden. Die entsprechenden Grenzen waren noch vor Ausbruch des Krieges gegen Kroatien in den serbischen Medien als Ziele gezeichnet worden. Pavle Ivic zeigte sich damals allerdings bereit, Dubrovnik einen Sonderstatus als »serbisches Hongkong« zu gewähren.

Im Dezember sollen nun der kleine Mann und die kleine Frau in Serbien wählen. Doch gleichgültig, welche Wahl sie auch treffen, kein Wahlergebnis wird es möglich machen, die Serbische Akademie der Wissenschaften und Künste als Planungsfaktor aus dem politischen Leben des Landes zu tilgen, in dem sie zum Schaden der Serben und ihrer Nachbarvölker tätig ist.

(Zuerst in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Oktober 1992)

Milan Stern

Karadzic war mein Kollege

Ich bin Arzt und Psychiater. Auch der berühmte bosnische Serbenführer Dr. Radovan Karadzic ist Psychiater. Ich kenne ihn, denn wir haben beide in Sarajevo gearbeitet, nicht weit voneinander entfernt. Er leitete eine kleine psychiatrische Tagesklinik. Er lebte zurückgezogen, unauffällig, schrieb Gedichte, wirkte immer sehr ernst. Und jetzt soll ich ihn beschreiben. Das haben inzwischen auch schon andere Kollegen aus Sarajevo versucht. Es ist aber sehr schwierig. Nichts, absolut nichts deutete darauf hin, daß er eines Tages ein Massenmörder werden würde. Waren wir naiv? Oder blind? Ich kann es nicht sagen.

Die Geschichte ist umso tragischer, da auch andere serbische Kollegen plötzlich und unerwartet ein neues, schreckliches Gesicht zeigten. Meine Freunde, meine guten Kollegen, Chirurgen, Anästhesisten, Internisten. Ich verstehe die Welt nicht mehr. Jetzt sitzen sie in den Wäldern um Sarajevo und geben Befehle, die meine – und ihre – Stadt zerstören. Sie lassen die Kinderklinik zerschießen und Patienten massakrieren, die hilflos, ohne Medikamente und ohne Nahrung in den Krankenhäusern liegen.

Mein guter Freund, der Herzchirurg, verschwand über Nacht gemeinsam mit anderen Mitarbeitern aus der Klinik. Sie nahmen Medikamente, Verbandsmaterial und medizinisches Gerät mit. Was sie nicht tragen konnten, versuchten sie zu zerstören. Und jetzt ist dieser Herzchirurg serbischer »Minister für Gesundheit«.

Ich kann gar keine Erklärung finden und auch keine Entschuldigung. Ich bin nur traurig, ich fühle mich verraten. Manchmal denke ich, wofür habe ich eigentlich Psychiatrie studiert, wofür ist die »Gruppenpsychologie« da? Denn alle Versuche, Mord und Haß zu verstehen, scheitern.

Es ist auf jeden Fall wahr: Die serbische Elite und die »Intellektuellen« machen diese schrecklichen Greuelthaten unerwartet tüchtig mit. Die einfachen serbischen Soldaten haben es da leichter: Mord und Zerstörung können nicht so schlimm sein, wenn die Elite sie befürwortet.

»Ethnische Säuberung« und Völkerrecht

Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes¹

Vom 9. Dezember 1948
(BGBL 1954 II S. 730)

Nach Erwägung der Erklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 96 (I) vom 11. Dezember 1946 abgegeben wurde, daß Völkermord ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, das dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft und von der zivilisierten Welt verurteilt wird,

In Anerkennung der Tatsache, daß der Völkermord der Menschheit in allen Zeiten der Geschichte große Verluste zugefügt hat, und

In der Überzeugung, daß zur Befreiung der Menschheit von einer solch verabscheuungswürdigen Geißel internationale Zusammenarbeit erforderlich ist,

sind die Vertragschließenden Parteien hiermit wie folgt übereingekommen:

Art. I. Die Vertragschließenden Parteien bestätigen, daß Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.

Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- (b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- (d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

¹ Internationale Quelle: UNTS Bd. 78, S. 277

(e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

Art. III. Die folgenden Handlungen sind zu bestrafen:

- (a) Völkermord,
- (b) Verschwörung zur Begehung von Völkermord,
- (c) unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord,
- (d) Versuch, Völkermord zu begehen,
- (e) Teilnahme am Völkermord.

Art. IV. Personen, die Völkermord oder eine der sonstigen in Artikel III aufgeführten Handlungen begehen, sind zu bestrafen, gleichviel ob sie regierende Personen, öffentliche Beamte oder private Einzelpersonen sind.

Art. V. Die Vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit ihren jeweiligen Verfassungen die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen, um die Anwendung der Bestimmungen dieser Konvention sicherzustellen und insbesondere wirksame Strafen für Personen vorzusehen, die sich des Völkermordes oder einer der sonstigen in Artikel III aufgeführten Handlungen schuldig machen.

Art. VI. Personen, denen Völkermord oder eine der sonstigen in Artikel III aufgeführten Handlungen zur Last gelegt wird, werden vor ein zuständiges Gericht des Staates, in dessen Gebiet die Handlung begangen worden ist, oder vor das internationale Strafgericht gestellt, das für die Vertragsschließenden Parteien, die seine Gerichtsbarkeit anerkannt haben, zuständig ist.

Art. VII. Völkermord und die sonstigen in Artikel III aufgeführten Handlungen gelten für Auslieferungszwecke nicht als politische Straftaten.

Die Vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, in derartigen Fällen die Auslieferung gemäß ihren geltenden Gesetzen und Verträgen zu bewilligen.

Alfred de Zayas

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien aus völkerrechtlicher Sicht

Im gegenwärtigen Krieg im ehemaligen Jugoslawien haben sich Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ereignet. Es wäre wie seinerzeit in Nürnberg und Tokio die Aufgabe eines internationalen Tribunals, diese gravierenden Verletzungen des Völkerrechts zu untersuchen und zu verurteilen.

Am 24. Oktober 1945 trat die Charta der Vereinten Nationen in Kraft. Nach Artikel 2 Absatz 4 ist das Gewaltverbot bindendes Völkerrecht. Dennoch gibt es weiterhin Angriffskriege wie jüngst im ehemaligen Jugoslawien.

Angriffskriege stellen nach dem Londoner Abkommen vom 8. August 1945 ein Verbrechen gegen den Frieden dar, wie im Nürnberger Prozeß und Nürnberger Urteil festgelegt und in der Resolution 95 (I) der UNO-Generalversammlung vom 11. Dezember 1946 bestätigt wurde. Diese definierte den Angriffskrieg in der Resolution 3314 (XXIX) vom 14. Dezember 1974.

Völkermord oder versuchter Völkermord müssen nach den Prinzipien der Konvention gegen den Völkermord vom 9. Dezember 1948 (in Kraft seit dem 12. Januar 1951) beurteilt werden.

Auch in Kriegszeiten und Notstandssituationen behalten das Recht auf Leben, das Folterverbot, das Verbot der willkürlichen Verhaftung, das Recht auf gerechte Gerichtsverfahren und somit das Verbot von Kollektivstrafen ihre Gültigkeit. Die Einhaltung dieser und anderer Menschenrechte beaufsichtigt der UNO-Menschenrechtsausschuß in 117 Staaten, die den internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert haben oder diesem beigetreten sind (in Kraft seit dem 23. März 1976), unter anderem auch Jugoslawien und die Nachfolgestaaten.

Im Krieg im ehemaligen Jugoslawien werden die Regeln des »humanitären Völkerrechts« – wie das Kriegsrecht heute bezeichnet wird – mißachtet und grob verletzt. Diese Verbrechen müssen gestoppt und die Opfer entschädigt werden. Eine Voraussetzung dafür ist, daß die Kriegsverbrechen beim Namen genannt und identifiziert werden. Darüber hinaus ist dafür zu sorgen, daß die Schuldigen – auf allen Seiten – zur Verantwortung gezogen werden.

Im ehemaligen Jugoslawien tobt kein Bürgerkrieg, sondern längst

ein internationaler Krieg. Deshalb gelten die IV. Haager Konvention von 1907, die vier Genfer Rotkreuz-Konventionen von 1949 und das erste Protokoll von 1977. Im Artikel 3 des Haager Abkommens über Gesetze und Gebräuche des Landkrieges heißt es: »Die Kriegspartei, welche die Bestimmungen der bezeichneten Ordnung verletzen sollte, ist gegebenenfalls zum Schadenersatz verpflichtet. Sie ist für alle Handlungen verantwortlich, die von den zu ihrer bewaffneten Macht gehörenden Personen begangen werden.«

Alle Kriegsparteien sind verpflichtet, ihre eigenen Kriegsverbrechen zu ahnden. So müssen gemäß Artikel 146 der IV. Genfer Konvention vom 12. August 1949 alle Kriegsparteien Verletzungen der Konvention untersuchen und bestrafen. Dies gilt auch für das ehemalige Jugoslawien. Artikel 146 besagt: »Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, alle notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Festsetzung von angemessenen Strafbestimmungen für solche Personen zu treffen, die... Verletzungen des vorliegenden Abkommens begehen oder zu einer solchen Verletzung den Befehl erteilen. Jede Vertragspartei ist zur Ermittlung der Personen verpflichtet, die der Begehung oder der Erteilung eines Befehls zur Begehung einer dieser schweren Verletzungen beschuldigt sind; sie stellt sie ungeachtet ihrer Nationalität vor ihre eigenen Gerichte...«

Diese Verpflichtungen sind auch in den Nürnberger Prinzipien enthalten, die von der UNO-Völkerrechtskommission im Jahre 1950 formuliert wurden. Besonders wichtig sind das Prinzip der persönlichen Haftung, der Vorrang des Völkerrechts gegenüber dem nationalen Recht, keine Immunität aufgrund der Theorie der Hoheitsakte und keine Immunität aufgrund höheren Befehls.² Sollten die Kriegsparteien die eigenen Kriegsverbrechen nicht untersuchen und die Verantwortlichen nicht verurteilen, müssen sie mit der Einsetzung eines internationalen ad-hoc-Tribunals rechnen.

Die Vereinten Nationen beauftragten die ehemaligen Außenminister der Vereinigten Staaten, Cyrus Vance, und Großbritanniens, Lord Owen, mit der schwierigen Aufgabe, zwischen den Kriegsparteien im ehemaligen Jugoslawien zu vermitteln, um eine friedliche Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Erstmals in ihrer Geschichte wurde die UNO-Menschenrechtskommission vom 10. bis 12. Au-

gust 1992 zu einer Sondersitzung gerufen. Der ehemalige polnische Premierminister Tadeusz Masowiecki wurde zum Sonderberichterstatter ernannt. Inzwischen hat er vom 21. bis 26. August und vom 12. bis 22. Oktober zwei Fact-Finding-Missions im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien absolviert und der UNO-Menschenrechtskommission zwei ausführliche Berichte vorgelegt (E/CN.4./1992/S-1/9, E/CN.4./1992/S-1/10). Vertreter Serbiens, Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas kamen vom 3. bis 5. November dieses Jahres nach Genf. Sie legten dem UNO-Menschenrechtsausschuß ihre Sonderberichte vor und stellten sich den Fragen der 18 Experten des Ausschusses.

Schließlich etablierte der Sicherheitsrat durch die Resolution No. 780 vom 6. Oktober 1992 eine »War Crimes Commission«, um unter anderem Kriegsverbrechen im »Jugoslawienkrieg« zu untersuchen. Als Präsident der Kommission wurde Professor Frits Kalshoven (Niederlande)³ und als Mitglieder Cherif Bassiouni (USA), William Fenrick (Kanada), Keba Mbaye (Senegal) und Torkel Opsahl (Norwegen) ernannt. Doch die Kampfhandlungen gehen weiter. Mord und Vergewaltigung werden nicht beendet.

Das Kriegsrecht unterscheidet zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten. Sinn dieser Unterscheidung ist der Schutz der Zivilbevölkerung.⁴ Heckenschützen und andere sogenannte »Franc-tireurs« verletzen also das Kriegsvölkerrecht und begehen Kriegsverbrechen. Dafür können sie zur Rechenschaft gezogen werden.

Artikel 23 der Haager Landkriegsordnung von 1907 formuliert eine Reihe von weiteren Verboten. Danach dürfen Angehörige des feindlichen Volkes oder Heeres nicht »meuchlerisch« getötet oder verwundet werden. Die Drohung, »es werde kein Pardon geben«, ist unzulässig. Feindliches Eigentum darf weder zerstört noch weggenommen werden, es sei denn, dies ist aufgrund von Kriegserfordernissen dringend nötig. Artikel 25 untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen. Doch genau dies tun serbische Truppen täglich, berichten die internationalen Medien.

Artikel 42 bis 56 der Haager Landkriegsverordnung bestimmen

² Alfred de Zayas: Der Nürnberger Prozeß vor dem internationalen Militär Tribunal, in: Alexander Demandt (Hrsg.): Macht und Recht, München 1990, S. 249–270, insbesondere S. 268 f.

³ Professor emeritus, Universität Leiden. Siehe die jüngst erschienene Festschrift Kalshoven, herausgegeben von Astrid Delissen und Gerard Tanja (Hrsg.), »Humanitarian Law of Armed Conflict: Challenges Ahead«, Den Haag 1991.

⁴ Alfred de Zayas, »Civilian Population, Protection« und »Combatants« in: Rudolf Bernhard (Hrsg.), Encyclopedia of Public International Law, Vol. 3, Amsterdam 1982.

und beschränken die Rechte einer Besatzungsarmee. Besonders wichtig ist Artikel 46: »Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.« Laut Artikel 47 sind Plünderungen und nach Artikel 50 Kollektivstrafen verboten. Die IV. Genfer Konvention von 1949 verbietet dies im Artikel 33 ebenfalls, außerdem werden Arbeitszwang (Art. 40) und Zerstörungen (Art. 53) untersagt.

Im Hinblick auf die Internierung Tausender Zivilpersonen in serbischen Lagern soll an Artikel 42 der IV. Genfer Konvention erinnert werden: »Die Internierung oder die Zuweisung eines Zwangsaufenthaltes darf bei geschützten Personen nur angeordnet werden, wenn es die Sicherheit der Macht, in deren Machtbereich sie sich befinden, unbedingt erfordert.« Internierte Personen haben besondere Rechte gemäß Artikel 78 bis 135.⁵

Nach dem Stand des heutigen Völkerrechts sind »Ethnische Säuberungen« und Vertreibungen inakzeptabel. Respekt für die Menschenrechte – insbesondere für das Prinzip der Gleichheit und für das Gebot der Nicht-Diskriminierung und somit der Schutz der Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten – sind bindende Verpflichtungen für alle Staaten.

Nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950, der UNO-Menschenrechtsakte von 1966 und jüngst der Verabschiedung einer Erklärung über die Rechte der ethnischen, nationalen, religiösen und sprachlichen Minderheiten erscheinen die schrecklichen Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien völlig unverständlich, ja anachronistisch.

Berichte des Grauens über sogenannte »Ethnische Säuberungen« in Teilen Kroatiens und in Bosnien-Herzegowina werden von verschiedenen regionalen (Europarat, KSZE) und internationalen Gremien untersucht. Hauptaufgaben der Vereinten Nationen sind die Wahrung des Weltfriedens und der Schutz der Menschenrechte. Darum ist die UNO im doppelten Sinn engagiert, um eine Lösung des Konflikts möglichst schnell zu erreichen, mit Hilfe aller Parteien, der KSZE, der intergouvernementalen, Nichtregierungs- und der privaten Organisationen wie dem Roten Kreuz. Durch einschlä-

⁵ Kevin Madders, »Internment«, in: Rudolf Bernhard, a. a. O.

gige Resolutionen des Sicherheitsrates – wie etwa Nr. 770, 771 und 776 – wird versucht, den Opfern des Krieges zu helfen. Gemäß Artikel 41 und 42 der UNO-Charta sind Sanktionen vom UNO-Sicherheitsrat verhängt worden.

Die serbische Politik der sogenannten »Ethnischen Säuberung« muß sofort aufhören. Dabei handelt es sich mindestens um versuchten Völkermord. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das als jus cogens anerkannt wird, beinhaltet notwendigerweise das Recht auf Heimat, denn man kann das Selbstbestimmungsrecht nur ausüben, wenn man aus der Heimat nicht vertrieben wird.⁶

Auch die Haager und die Genfer Konventionen verbieten Vertreibungen. Die Artikel 42 bis 56 der Haager Landkriegsordnung beschränken die Befugnisse von Okkupanten und garantieren der Bevölkerung Schutz. Die IV. Genfer Konvention soll die Zivilbevölkerung in Kriegszeiten schützen. Artikel 49 verbietet ausdrücklich Zwangsumsiedlungen. Sie sind nur dann gestattet, wenn aus zwingenden militärischen Gründen die Bevölkerung zu ihrem Schutz evakuiert werden muß. Solche Evakuierungen, die außerdem nur vorübergehend sein dürfen, sind illegal, wenn sie aus einer »Lebensraum«-Politik abgeleitet werden. So verurteilte das internationale Militär-Tribunal in Nürnberg die Vertreibungen, die von den Nationalsozialisten durchgeführt worden waren, als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sowohl Soldaten als auch Politiker tragen dafür persönliche Verantwortung und können von einem nationalen oder internationalen Tribunal verurteilt werden.

Die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen hat im vorigen Jahr eine Kodifizierung von internationalen Verbrechen verabschiedet und an die UNO-Vollversammlung weitergeleitet. Daraufhin wurde die Völkerrechtskommission beauftragt, einen Statut für einen internationalen Strafgerichtshof zu verfassen. Obwohl kein internationales Militärtribunal existiert wie seinerzeit in Nürnberg und Tokio nach dem Zweiten Weltkrieg, kann die Weltgemeinschaft so ein Tribunal ad hoc ins Leben rufen. Während und kurz nach dem zweiten Golfkrieg sprachen sich Politiker wie der französische Staatspräsident François Mitterrand und der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher für die Schaffung eines solchen Tribunals aus. Vielleicht läßt es sich jetzt im Hinblick auf das im

⁶ Alfred de Zayas, »International Law and Mass Population Transfer«, in: Harvard International Law Journal, Vol. 16, S. 207–258, 1975.

ehemaligen Jugoslawien Geschehene etablieren. Die von Professor Kalshoven geleitete Kommission des Sicherheitsrates zur Feststellung von Kriegsverbrechen hat eine große Aufgabe vor sich.

Nach geltendem Völkerrecht haben die Flüchtlinge und Vertriebenen ein Recht auf Entschädigung. Die Realisierung dieser Rechte hängt vom politischen Willen und von der Solidarität der Weltgemeinschaft ab. Zuerst aber müssen die Waffen schweigen. Dem Töten muß ein Ende gesetzt werden. Die Internierungslager müssen geöffnet und den Flüchtlingen und Vertriebenen muß erlaubt werden, in ihre Heimat zurückzukehren. Dies alles gebietet das Völkerrecht – und die Vernunft.

Johannes Vollmer

»Schande über dieses Europa« Das Versagen des Westens

Der Austausch der diplomatischen Anerkennungsurkunden zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem UNO-Mitglied Bosnien-Herzegowina am 13. November 1992 im Auswärtigen Amt in Bonn dürfte in der Geschichte der Diplomatie wohl einmalig sein. Der bosnische Außenminister Haris Silajdzic nahm dankend von seinem deutschen Kollegen Klaus Kinkel die Urkunde entgegen, verurteilte jedoch vor dem Treffen das Verhalten der Europäer gegenüber seinem Land: »Schande über dieses Europa!« Und er fügte hinzu: »Europa sollte die Kraft und den Geist finden, von denen die Europäer einst beseelt waren.«

Dieses Europa – angeklagt sind die Werte des Abendlandes, die Zivilisation. »Zivilisiert« – so definieren wir uns selbst, unser »Selbstbewußtsein des Abendlandes« (Norbert Elias). Mit diesem Begriff haben wir uns einen Gegenbegriff geschaffen zum Zustand der »Barbarei« – sei es der eigenen »unzivilisierten« Vergangenheit oder sei es der anderer, »primitiver« Gesellschaften.

Doch der europäische Humanismus, der sich mit der Reichspogromnacht, Auschwitz und Buchenwald bereits einmal verriet, ist dabei, dies ein zweites Mal zu tun. Nazistisch an der serbischen Vertreibung der Muslime und Kroaten ist der Wille, die Wurzeln der anderen Kulturen zu zerstören. Totaler kann Vernichtungswille nicht sein: Kollektiv soll die Identität des anderen ausgelöscht werden. Der Begriff »Ethnische Säuberung« benennt dies präzise.

Gebetsmühlenartig hören wir es von westlichen Politikern und Vermittlern täglich: »Die internationale Gemeinschaft wird die wahnwitzigen »Ethnischen Säuberungen« nicht tolerieren.« Doch diese Maxime des Westens, beteuert vom EG-Beauftragten der Genfer Jugoslawien-Konferenz, Lord Owen, bleibt bloße Beschwörungsformel für den eigenen Verhandlungsauftrag. De facto toleriert die internationale Gemeinschaft die Verbrechen täglich – auch nach den zahllosen Berichten über Massenmorde, Konzentrationslager, Zwangsvertreibungen. Jene feierliche Erklärung der KSZE-Charta von Paris vom November 1990, daß »in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit anbricht«, jenes Wort des luxemburgischen Außenministers Jacques Poos von 1991, mit der EG-Mission zu Jugoslawien sei »Europas Stunde« gekommen: All dies klingt heute nur noch hohl.

Doch die vielfach angeführte Ohnmacht des Westens ist keine, seine Hilflosigkeit ist selbstgemacht. Die Geschichte des Scheiterns im ehemaligen Jugoslawien ist eine Geschichte des Scheiterns von Verhandlungen, des Versagens einer Politik des »Appeasement«.

Die Zeit sei gekommen, dem serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic mit den gleichen Mitteln wie Saddam Hussein zu drohen, schrieb bereits im Mai 1992 der Publizist Anthony Lewis in der »New York Times«. Der Militäreinsatz gegen den irakischen Diktator hatte für den Westen klare Gründe: Die Aggression Iraks gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen war deutlich erkennbar; die ökonomischen Interessen des Westens an zwei Dritteln der Weltölpölvorräte mußten durchgesetzt werden; die Stabilität des Nahen Ostens war gefährdet; Saddam Hussein konnte durch die Anhäufung von Massenvernichtungswaffen die regionale Sicherheit und den Weltfrieden bedrohen. Deshalb erzwang die internationale Gemeinschaft, allen voran die USA, die Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität des UNO-Mitglieds Kuwait schließlich mit militärischen Mitteln.

All diese Voraussetzungen existieren für den Westen im Falle des serbischen Aggressionskrieges nicht. Einige Generäle, Friedensforscher und Politiker warnten vor einer internationalen Militärintervention in Bosnien-Herzegowina. Für den Westen sind die Ziele unklar, der Gegner unbekannt und die Risiken unkalkulierbar. Gegen wen bei einer Intervention in Bosnien eigentlich gekämpft werden sollte, fragte US-Verteidigungsminister Dick Cheney. Ende September lehnte US-Generalstabschef Colin Powell eine begrenzte

Intervention mit dem Argument ab, militärische Gewalt sollte grundsätzlich erst dann eingesetzt werden, wenn Klarheit über die politischen Ziele bestehe.

Bürgerkrieg, ethnische Konflikte, kein eindeutig zu bestimmender Aggressor, eine sehr komplizierte Situation, Gefährlichkeit einer Militärintervention schon aufgrund der Topographie: So interpretierte der Westen den Krieg auf dem Balkan und daran orientierte er seine Politik. Formelhaft wurde daran festgehalten, daß »alle Konfliktparteien« Verantwortung am Krieg, an den Verletzungen der Waffenstillstandsvereinbarungen wie an den Greueln und Verletzungen des humanitären Völkerrechts tragen. Diese Relativierungen waren möglich, obgleich der UNHCR-Mitarbeiter José-Maria Mendiluce bereits frühzeitig, nach seinem Aufenthalt im Kriegsgebiet im Mai 1992, einen »Zustand des Terrors« und den systematischen Charakter der Vertreibung schilderte: In Bosnien sei eine Legion von Vertriebenen nicht die Folge, sondern das Ziel von Militäraktionen. Was dort geschehe, erklärte Mendiluce, erinnere an die Zeit des Zweiten Weltkrieges.

Politiker und politische Gremien, die eine Militärintervention nicht ausschlossen oder direkt forderten (so die Außenminister der USA, Österreichs und Deutschlands sowie der Auswärtige Ausschuß des US-Senats) setzten sich nicht durch. Moralische Appelle wie die des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster – »Wer jetzt nichts tut, macht sich mitschuldig am Völkermord« – blieben wirkungslos.

Bestimmend für die Politik des Westens blieb, was Präsident George Bush im Juli 1992 für die USA proklamierte: »Ich habe kein Interesse daran, daß auch nur ein einziger US-Soldat in einem Guerrillakrieg stirbt.« Der mangelnde politische Wille, besonders Großbritanniens, Frankreichs und der USA, für die so feierlich verkündeten Grundsätze Demokratie und Frieden notfalls auch zu kämpfen, ist der tiefste Grund für das Scheitern Europas in Bosnien. Auch Lord Owen, ein Befürworter begrenzter militärischer Intervention, mußte bald nach Übernahme seines Vermittleramtes erkennen, »daß keine Regierung bereit war, militärische Gewalt in Bosnien anzuwenden«.

So blieb der Diplomatie im Krieg auf dem Balkan nur ihr begrenztes Feld: Verhandeln – ohne Macht, schwerwiegendere Sanktionen auch nur ernsthaft anzudrohen. Es entstand jene Diplomatie der Langsamkeit, die schon Stefan Zweig 1931 am Völkerbund in Genf

kritisiert hatte. Seine bissige Kritik gegen diese »Politik des dilatorischen Verhandeln, des Hinausziehens, des Flickens, Leimens und Verklebens aller brennenden und blutenden Konflikte« – sie trifft heute auf EG, KSZE und UNO zu.

Es war ausgerechnet EG-Kommissionspräsident Jacques Delors, der im August vor dem Europäischen Parlament sagte: »Wohin führt es, wenn von Warnung zu Warnung, von Eskalation zu Eskalation nur der Krieg in Gang gehalten wird, nur – und zu welchem menschlichen Preis – die schmerzhafteste Entscheidung des militärischen Eingreifens hinausgeschoben wird? Es scheint, daß die subtile und mörderische Strategie der serbischen Führer ohne die glaubhafte Aussicht – ich sage glaubhaft – auf ein militärisches Eingreifen durch nichts aufgehalten werden kann.«

Hätte der Westen zugegeben, daß das serbische Regime einen Eroberungs- und Vertreibungskrieg für ein Großserbien führt; daß es dazu Pogrome in nationalsozialistischen Dimensionen zuläßt, plant und fördert; daß dieser Krieg propagandistisch durch serbische Intellektuelle, durch das von Belgrad kontrollierte Fernsehen und durch die großserbisch-chauvinistische Rhetorik und Politik des serbischen Präsidenten Milosevic vorbereitet wurde; daß auch in diesem Falle von der Völkergemeinschaft dem Aggressor Einhalt geboten werden muß – dann hätte der Westen eine andere Strategie verfolgt. Die Gründe für eine militärische Intervention wären klar und eindeutig gewesen: Stopp des serbischen Expansionismus, Ende der »Ethnischen Säuberungen«, Schutz der Zivilbevölkerung vor Pogromen, Achtung der bestehenden Grenzen und territorialen Unversehrtheit der UNO-Mitglieder Kroatien und Bosnien-Herzegowina (wie dies als einer der sieben Grundsätze der Vereinten Nationen in Artikel 2, Absatz 4 der UNO-Charta garantiert ist), Grenzänderungen allein auf friedlichem Wege durch Verhandlungen und Volksabstimmungen. Dies erst wäre eine Lösung, die Gewalt als Mittel der Politik nicht akzeptiert. Allein die Völkergemeinschaft kann militärische Zwangsmaßnahmen gegen jene Staaten legitimieren, die gegen das Friedensgebot der UNO-Charta verstoßen.

Wurde im Westen ein militärisches Eingreifen erwogen, verfolgte dies die serbische Seite mit größter Aufmerksamkeit. Bereits Ende Mai drohte der bosnische Serbenführer Radovan Karadzic am Rande der EG-Konferenz in Lissabon: »Wenn in irgendeiner Art von dem Einsatz bewaffneter Kräfte die Rede sein sollte, wird es eine totale Mobilisierung des serbischen Volkes für den totalen Krieg

geben.« Ähnliche Drohungen kamen vom Verteidigungsminister »Rest-Jugoslawiens«, Generalstabschef Zivota Panic. »Totaler Krieg« – Goebbels Sprache. Hat sich der Westen einschüchtern lassen? Ist das erfolglose Verhandeln auch Resultat einer Politik des »Appeasement«, die vor den Drohungen des Gegners zurückweicht?

William Pfaff urteilte Anfang August in der »Los Angeles Times«: »Ich habe nicht geglaubt, daß ich zu dieser abgedroschenen und mißbrauchten Analogie greifen müßte, doch betrachten wir die Realität Jugoslawiens in diesem Moment. Serbien fordert ein System internationaler Legalität und politischer Werte heraus, das Europa und dem Westen nahezu 50 Jahre Frieden gegeben hat. Wie 1938 lehnen es die westeuropäischen Mächte ab, etwas Ernsthaftes zu tun, um dieser Herausforderung zu begegnen. Anders als 1938 scheint die Öffentlichkeit realistischer zu sein als ihre Regierungen. Aber wenn die westlichen Führer nicht den Mut haben werden und handeln, dann wird dies in viel Schlimmerem enden als die Tragödie, mit der wir schon konfrontiert sind.«

Der Westen sieht gebannt auf die Gefahren und Risiken einer militärischen Intervention, doch er mißachtet die politischen Gefahren, wenn der serbische Eroberungskrieg weiter toleriert wird. Die Skrupellosigkeit des serbischen Regimes und seiner Helfershelfer wird ignoriert, so daß der subtilen Strategie der serbischen Führer keine adäquate europäische oder internationale Strategie entgegengesetzt werden kann. Die Gefahr, daß die Glaubwürdigkeit der EG, der UNO, der KSZE und des internationalen Rechts ernsthaft Schaden nehmen könnte, wenn der Vertreibungskrieg ungehindert weitergeführt werden kann, wird unterschätzt. Die Gefahr, daß sich dieser Krieg auf Kosovo, Mazedonien und den gesamten Balkan ausweiten könnte, wird allein in einer internationalen Militärintervention gesehen – anstatt darin, daß die serbischen Aggressoren sich durch die Untätigkeit des Westens belohnt und bestätigt fühlen könnten und die militärische Annexion weiterer Gebiete vorantreiben.

Erfolglos ist die westliche Diplomatie bis heute nicht nur, weil sie machtlos ist, sondern auch weil sie die hinterhältige serbische Politik der Täuschung nicht durchschauen will. Die derzeitigen Vorsitzenden der Genfer Jugoslawien-Konferenz, Cyrus Vance und Lord Owen, machen dieselben Erfahrungen wie der resignierte Lord Carrington. Er bekannte nach seinem Rücktritt, am meisten habe

ihn deprimiert, daß Vereinbarungen getroffen wurden ohne die geringste Absicht, sie auch einzuhalten.

Als Fazit bleibt, daß insbesondere die EG in ihrer Jugoslawien-Politik nicht nur versagt hat, sondern durch ihr Zögern, ihr Lavieren und durch ihre Politik des »Appeasement« die serbische Regierung und Armee sowie die Cetnik-Banden zur Fortführung ihrer Aggression ermutigt hat. Zu diesem Schluß kommt auch eine Studie der Nordatlantischen Versammlung der NATO: »Es ist möglicherweise das Gefühl, daß Europa nicht direkt eingreifen werde, das Milosevic und die jugoslawische Armee zu einer militärischen Aggression auf breiter Front veranlaßt hat.«

George Kenney

»Die meisten wußten es eigentlich besser« Enthüllungen aus dem US-State Department

Die Stellungnahmen der Bush-Administration zur Jugoslawien-Krise zwischen Februar und August 1992 waren schlimmste Heuchelei. Ich weiß das; ich habe sie geschrieben. Über sieben Monate war ich unter anderem dafür verantwortlich, die meisten der öffentlichen Stellungnahmen zur Krise in Bosnien zu entwerfen, die vom zuständigen Büro des State Department in Washington herausgegeben wurden. Meine Aufgabe war, den Anschein zu erwecken, daß die USA von der Situation betroffen und aktiv sei, und zur gleichen Zeit niemandem den Eindruck zu vermitteln, daß die USA wirklich etwas Wesentliches gegen die Eskalation in Bosnien tun wolle.

Das Ziel war von Anfang nicht eine gute Öffentlichkeitspolitik, sondern gute Public Relations. So gesehen war der Weg der Administration ein voller Erfolg. Es gelang, die Bedeutung der Krise herunterzuspielen und die wirklichen Ereignisse zu verschleiern – natürlich auf Kosten ziviler Verluste, deren Zahl bis jetzt noch nicht bekannt ist. Unfähig diese Politik zu ertragen, trat ich am 25. August zurück. Bevor ich ging, erhielt ich jedoch unmittelbaren Einblick, wie die Bürokratie des State Department – nach den Vorgaben von Bush und Baker – eine Politik entwickelte, die weder mit der Wirklichkeit in Einklang gebracht werden konnte noch sich verteidigen läßt. Der Trick bestand in diesem Fall darin, alle Fakten – ob sie nun Greuelataten, erste Gerüchte über Konzentrationslager oder über Hunger betrafen – zu ignorieren, denn sie hätten es

erschwert, das politische Ziel der Nichteinmischung aufrechtzuerhalten.

Die Reaktionen auf Bosnien waren ein Beispiel dafür, daß gute Strategie nicht immer zu guter Politik führt. Die Gründe für diese Politik hatten meiner Ansicht nach mit Feigheit zu tun: Bush fürchtete offensichtlich einen Rückschlag im Wahljahr, sollte er in Europa intervenieren. Demokraten hatten ihm nämlich bereits vorgeworfen, sich mehr um Außenpolitik zu kümmern als um die Schwierigkeiten im eigenen Land. Bush lehnte es ab, auch nur die zaghaftesten Schritte zu unternehmen. Er verlangte nicht einmal einen umfassenden Bericht über die Gerüchte über Greuelaten. Und die Offiziellen vom State Department unternahmen keinen Versuch, Bush zum Handeln zu bewegen. Geleitet von der Vorstellung, daß die Oberen im Weißen Haus mehr darum bemüht waren, die Wahlen im November zu gewinnen, fehlte es den State Department-Mitarbeitern an Mut, Bushs leitende Beamte im Kabinett mit Argumenten zu konfrontieren, die zeigten, daß die amerikanische Politik vom Kurs abgekommen war. Die State Department-Bürokraten waren so zaghaft, daß sie es sogar ablehnten, die Berichte über serbische Konzentrationslager überhaupt zu untersuchen. So waren ihre politischen Empfehlungen unbedacht. Die einzige leitende Mitarbeiterin, die deutlich der Politik der Administration widersprach, war die Sprecherin des State Department, Margaret Tutwiler. Doch sie hatte geringen Einfluß. Später, als die schmutzigen Einzelheiten von der Presse berichtet wurden, weigerten sich State Department-Offizielle einzugestehen, einen politischen Fehler begangen zu haben, indem sie das Weiße Haus nicht überzeugt hatten, nach konstruktiven Alternativen zu suchen. Eine defätistische Mentalität durchdrang das State Department bis in die untersten Ränge. Das Motto hieß: »Weil wir nicht eingreifen können, wollen wir nicht eingreifen.«

Die amerikanische Politik zu akzeptieren wurde Ende Juli, Anfang August sehr schwierig. Zu der Zeit lieferten Roy Gutmans »Newsday«-Berichte die ersten detaillierten Hinweise auf Konzentrationslager. Sogar für die Administration waren Gutmans Artikel eine Offenbarung. Da die Situation in Bosnien als zu gefährlich eingeschätzt wurde, war es US-Offiziellen nicht gestattet, in Bosnien so zu reisen, wie Gutman es getan hatte. Wir hatten einige Berichte von Konzentrationslagern, aber wir wußten weit weniger als Gutman. Wir konnten seine Einzelheiten nicht bestätigen, aber die Berichte schienen plausibel.

Ich wußte von der ersten Geschichte, bevor sie gedruckt wurde, denn Gutman hatte mit der US-Botschaft in Belgrad gesprochen. Nachdem der Artikel publiziert war, machte ich Kopien und verbreitete sie im Department. Auch Ralph Johnson, Deputy Assistant Secretary of State of European Affairs, und die leitenden Berater in Washington im »siebten Stock«, in dem die Führungsspitze des State Departments sitzt, bekamen Abzüge. Überall im Haus argumentierte ich dafür, daß wir reagieren mußten. Ich schlug vor, wir sollten ein Team zusammenstellen, um die Flüchtlinge zu befragen und ihre Berichte zu vergleichen, um so ein besseres Bild von den Ereignissen zu erhalten und um Grundlagen für einen möglichen Prozess wegen Kriegsverbrechen zu schaffen. Ich empfahl auch, daß wir eine strengere, neue UN-Resolution einbringen sollten, die die Konzentrationslager verurteilt und Zugang und angemessene Behandlung der Häftlinge fordert.

Die leitenden Beamten hörten höflich zu, sagten mir, ich hätte einige »gute Ideen«. Doch sie taten nichts: Sie verlangten weder vollständigere Berichte, noch vermittelten sie den Offiziellen im Weißen Haus den Eindruck der Dringlichkeit. Etwa zwei Wochen später, nachdem mehr Berichte von Gutman erschienen waren und nachdem der Fernsehsender ITN schockierende Bilder von serbischen Konzentrationslagern ausgestrahlt hatte, reagierte die Öffentlichkeit. Erst da erwachten die Offiziellen des State Department und des Weißen Hauses aus ihrem Schlummer. Aber sie entwarfen lediglich eine unwirksame UN-Sicherheitsratsresolution. Dies war das durchgängige Muster: Die Politik reagierte, anstatt zu agieren. Sie handelte nur, wenn sie mit dem konfrontiert wurde, was die Presse herausgefunden hatte – und dann auch noch völlig inadäquat.

Wir wurden von Journalisten gefragt: »Was hat das State Department über diese Konzentrationslager gewußt?« Aber die eigentliche Frage war, was würde das State Department tun, um mehr herauszufinden. Aus Sicht des »siebten Stock« bestand die Gefahr, daß die Entdeckung weiterer schrecklicher Einzelheiten die Forderungen nach einer Intervention der Vereinigten Staaten vermehren könnte. Auf der einen Seite waren die State Department-Offiziellen nicht bereit, die Berichte der Journalisten als »glaubwürdig« und »beglaubigt« anzusehen. Auf der anderen Seite würde das State Department nicht selbst nach Informationen suchen.

Die USA hätten leicht von sich aus eine Untersuchung einleiten können. Ich schlug vor, ein Team freiwilliger Beamter des Auswä-

tigen Dienstes nach Bosnien zu schicken, um die Berichte der Journalisten zu bestätigen. Das Europäische Büro des State Department verwarf diese Idee entschieden. Die Administration ignorierte weiterhin die Berichte und tat nichts, um die Möglichkeiten zu prüfen, die das Sterben unschuldiger Menschen hätten aufhalten können.

Und während die Administration nicht nach zuverlässigen Daten suchte, verbarg sie auch die wenigen Informationen, die sie hatte. Am 24. September forderten die Vereinten Nationen, in Übereinstimmung mit der Resolution 771 des Sicherheitsrates, die Mitglieder und internationale Menschenrechtsorganisationen auf, jegliches Material, das sie über Greuelthaten und Kriegsverbrechen in Bosnien besitzen, vorzulegen. Der US-Report listete lediglich 31 Gewaltakte auf. Aber seit mehr als fünf Monaten hatte die amerikanische Botschaft in Belgrad mindestens ein Telex pro Tag über die Lage in Bosnien geschickt. Jedes hatte von bis zu einem Dutzend Fällen serbischer Greuelthaten berichtet. Das ergibt mindestens 500 Zwischenfälle, die das Department der UN nicht vorbrachte.

Es gab auch interne Debatten über eine mögliche Hungerkatastrophe. Ende April, als die USA einige Flugzeugladungen mit Versorgungsgütern nach Bosnien schickten, hatte ich Informationen, daß in Sarajevo bald die Nahrungsmittel knapp werden würden, wenn nicht der Westen die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln zur Priorität machen und Hilfslieferungen einleiten würde. Aber die leitenden Beamten glaubten nicht, daß Versorgungsengpässe eintreten könnten. Für sie schien Hilfe eine »schlüpfrige Angelegenheit« zu sein, die unweigerlich auch zu militärischer Verwicklung der USA führen würde. Es macht mir keine Freude zu sagen, daß ich mit der Notwendigkeit der Lebensmittel-Lieferungen recht hatte. Der Westen jedoch begann bis Ende Juli nicht mit seinen Hilfsflügen.

Das Europäische Büro befürchtete, daß eine Reaktion der USA sich als unnötig erweisen könnte, genauso wie es um Sarajevos Wohlergehen besorgt war. Die Hauptsorge war, daß die USA Hilfsgüter schicken könnten, nur um dann Einwohner in Sarajevo zu entdecken, die in ihren Kellern Pasta essen und Brandy trinken. Das Büro urteilte aufgrund von CNN-Bildern von Städtern, die durch Mörserfeuer liefen, daß es noch wohlgenährte Menschen in Sarajevo gäbe. Ich habe dies Argument wirklich von leitenden Beamten gehört. Sie glaubten letztlich den Berichten über Hunger nicht, die von unserer Botschaft in Belgrad kamen. Es hieß, die

Mitarbeiter hätten nur mit einer begrenzten Zahl von Leuten sprechen können, von denen viele starke Vorurteile zum Ausdruck gebracht hätten.

Die Skeptiker hätten nur zum Telefon zu greifen brauchen. Ich sprach jeden Tag mit unserer politischen Abteilung in Belgrad, und ich wußte, daß es eine schreckliche Lebensmittelknappheit in Sarajevo und in ganz Bosnien gab. Im Mai sagte mir die Botschaft informell, daß bis zu 20 000 Menschen allein in Sarajevo an Hunger und hungerbedingten Krankheiten sterben könnten, wenn sie nicht bald zu essen bekämen. So versuchte ich jeden Tag offen oder subversiv, den Sprecher des State Departments dazu zu bewegen, den Ernst der Lage zu beschreiben. Wenn wir offiziell über das Problem redeten, so überlegte ich, würde die Presse weiterfragen, was wir dagegen tun. Öffentlicher Druck könnte die Regierung dann dazu zwingen, das zu tun, was unsere eigenen Berichte nicht erreicht hatten.

In Margaret Tutwiler hatte ich eine Verbündete. Wenn ich mit ihr bei einigen wenigen Gelegenheiten sprach, übergab ich ihr Material außerhalb des regulären Dienstweges. Tutwiler überstimmte in der Regel das Bureau, indem sie entschied, Einzelheiten an die Presse weiterzugeben.

Die leitenden Beamten des European Bureau unternahmen regelrechte Verrenkungen, um bei der Zuweisung der Verantwortung für den Konflikt »unparteiisch« zu bleiben. Das Übergewicht der Beweise, daß Serbien verantwortlich war, schienen sie nicht wahrzunehmen und ergriffen jede Gelegenheit, in den Bemühungen Bosniens und Kroatiens, sich selbst zu helfen, Mängel zu finden.

Unsere Diskussionen darüber, wie der Konflikt zu charakterisieren sei, ohne für eine Seite Stellung zu nehmen, grenzten oft ans Absurde. Unterstützt von anderen Mitarbeitern entwarf ich Presseleitlinien – Material für den Sprecher des State Department –, die auf die Übergriffe serbischer Soldaten gegen bosnische Zivilisten deutlich Bezug nahmen und sie verurteilten. Schließlich hatten die Serben mit mehr als hundert schweren Artilleriegeschützen Sarajevo umstellt, während die Verteidiger der bosnischen Regierung über weniger als ein Dutzend verfügten. Es war also eine serbische Belagerung, bei der die Bosnier, so gut sie es konnten, zurückschossen. Aber die leitenden Beamten des Bureau drangen wiederholt darauf, daß ihr Sprecher sagte, »alle Seiten« würden einander bombardieren, ohne die Schuld der serbischen Kräfte klar zu benennen. Die meisten

von ihnen wußten es eigentlich besser. In der Tat glaubte fast jeder Offizielle im State Department, der mit Jugoslawien beschäftigt war, daß die US-Reaktionen während der vergangenen anderthalb Jahre ein einziges Debakel gewesen waren. Nach meiner eigenen Zählung unterstützten nur sechs Beschäftigte unterhalb der Ebene des »Under Secretary« die Linie der Administration. Fast alle anderen Angestellten im Auswärtigen Dienst wußten, daß die Politik der Wirtschaftssanktionen und des diplomatischen Drucks auf Serbien nicht zu Ergebnissen führen würde.

Daß so viele Mitarbeiter eine Politik verwalteten, die sie als wertlos erkannt hatten, war nur ein Teil des Problems. Das System war – und ist immer noch – mangelhaft. Seine Ziele verdrehen die Wirklichkeit durch Regeln, die zögerliches Verhalten und Vorsicht belohnen, Ideenreichtum aber bestrafen. Es ist zu sehr nach innen gerichtet und legt mehr Wert auf Formalitäten als auf Phantasie. Das System ist dazu da, unser Land gut aussehen zu lassen, anstatt es dazu zu bewegen, Gutes zu tun, und es ist von oben bis unten politisiert. Der einzige Weg dagegen zu protestieren, ist gegenwärtig der Rücktritt.

(Aus: The Washington Monthly, November 1992)

Mütter für den Frieden – Bedem Ljubavi **Offener Brief an Cyrus Vance**

Verehrter Mr. Vance,

»Mütter-für-Frieden«, eine unabhängige Friedensorganisation, wendet sich mit diesem Offenen Brief an Sie, veranlaßt durch die Presseberichte, daß Sie am 28. September 1992 den serbischen Armeegeneral Zivota Panic persönlich um einen detaillierten Bericht gebeten haben über jeden einzelnen der Verletzten, des medizinischen Personals und der Zivilisten, die am 18. November 1991 von der serbischen Armee im Krankenhaus von Vukovar »übernommen« wurden.

Obwohl wir Ihre Handlung ausgesprochen begrüßen, gibt es einige Gründe, weshalb wir dennoch wieder an Sie schreiben, nur dieses Mal über die öffentlichen Medien.

Heute fällt es uns nämlich schwer, die Tatsache zu verstehen, daß Sie keine angemessenen Schritte unternommen haben, die Menschen in Vukovar zu schützen, obwohl Ihnen spätestens seit November 1991 die schrecklichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die auf

dem Gebiet der Republik Kroatien verübt werden, wohl bewußt gewesen sein müssen. Wir können Sie deshalb nicht verstehen, weil wir Ihnen am 20. November 1991 im Hotel International in Zagreb im Anschluß an Ihren persönlichen Besuch im besetzten Vukovar eine formelle Bitte übergeben haben, die zu der Zeit noch lebenden Verwundeten und die Tausenden Zivilisten in Vukovar zu schützen.

Die gleiche Bitte wurde Ihnen auch am 17. Januar 1992 in New York von unseren amerikanischen und kanadischen Vertretern vorgetragen. Unter ihnen war bei dieser Gelegenheit auch Dr. Vesna Bosanac, eine Augenzeugin der Katastrophe von Vukovar. Sie bat Sie, die Verletzten und all die Zivilisten Vukovars, die die serbische Armee »übernommen« hatte, zu schützen.

Sie haben nicht auf eine Untersuchung über die Zivilisten gedrängt, nicht einmal nachdem Lord Carrington am 11. Februar 1992 Ihnen die Bitten und Appelle der Vukovarer Mütter übermittelt hatte, die ihm am 6. Februar 1992 im Hotel Esplanade in Zagreb mitgegeben worden sind.

Ihr Brief deutet darauf hin, daß eine solche Untersuchung auch, nachdem am 9. März 1992 persönliche Zeugenberichte von Vukovarer Müttern und Frauen am Zentrum für Menschenrechte der UN in Genf abgegeben worden waren, nicht eingeleitet wurden.

Da wir uns, verehrter Mr. Vance, hier mit wirklichen Menschen, mit Hunderten von Verletzten und Tausenden von Zivilisten beschäftigen, können wir nicht verstehen, daß es so viel Zeit brauchte (elf Monate sind verstrichen, seit die serbische Armee Vukovar eroberte, und nicht sieben, wie Sie in Ihrem Brief behaupten), um »Druck auf die verantwortlichen Personen« auszuüben. Da Sie durch Ihre persönlichen Gespräche mit Zeugen wissen, daß die serbische Armee lebende Menschen »übernommen« hat, fragen wir Sie, verehrter Mr. Vance, wieviele Tausende Menschen abgeschlachtet werden müssen, bevor eine Untersuchung auch nur eingeleitet wird?

Wievieler Opfer bedarf es noch, wieviele Krankenhäuser und Verletzte müssen noch von der serbischen Armee »übernommen« werden, bevor die Verbrechen zu Problemen werden, für die die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden?

Kroatien hat bereits Zehntausende Verbrechen gegen die Menschlichkeit erlitten, Bosnien und die Hercegovina Hunderttausende. Wir unterrichten Sie, verehrter Mr. Vance, daß nach Ihrem Plan, der in den besetzten Gebieten der Republik Kroatien umgesetzt wird,

die Verbrechen gegen die Menschlichkeit weiterhin verübt werden. Dieses Mal unter dem Schutz der UN. Darüber hinaus können wir bis heute, elf Monate nach der Eroberung Vukovars und weiteren kroatischen Territoriums nicht zu unseren Toten gelangen, die in Massengräbern verscharrt liegen, geschweige denn die schützen, die wahrscheinlich noch leben!

Ist nicht Ihr Brief ein weiterer Beweis dafür, daß die Wahrheit über Verbrechen gegen die Menschlichkeit erst dann der Öffentlichkeit vorgelegt wird, wenn die Kriminellen ihr Ziel erreicht haben?

Diese grausame Wirklichkeit, in der wir leben und über die Sie richten, setzt jedes Zögern, die Verbrecher in ihrem Handeln aufzuhalten, mit dem Verbrechen gleich.

Aber soll ein neues Nürnberg darüber richten.

Ergebenst, Ihre

Mütter für den Frieden, Kroatien

Zagreb

Josipa Milas-Matutinovic

(Menschenrechtsabteilung)

Benedikt Stumpf

»Rettet die Menschlichkeit«

Anfang August 1992 wurde die entsetzte Weltöffentlichkeit mit Bildern aus Bosnien-Herzegovina konfrontiert, von denen man gedacht hatte, sie würden endgültig der Vergangenheit angehören. Bilder von bis auf das Skelett abgemagerten Menschen, Muslime und Kroaten, hinter Stacheldrahtzäunen. Sie waren nach ethnischen Kriterien selektiert und in serbische Internierungs- und Vernichtungslager gepfercht worden. Jüdische Organisationen fühlten sich an die Konzentrationslager der Nationalsozialisten erinnert.

Nicht viel weniger erschreckend als die Verbrechen an sich war das Versagen internationaler Organisationen, denn es blieb bei der Empörung, ansonsten wurde nichts Entscheidendes unternommen, um das Leiden der Internierten zu beenden. Schließlich stellte sich sogar heraus, daß sowohl das Internationale Rote Kreuz als auch die Vereinten Nationen mindestens seit Anfang Juli 1992 von der Existenz solcher Lager gewußt hatten, aber nicht aktiv geworden waren.

Bereits am 3. Juni hatte die Arbeitsgemeinschaft »Save Huma-

nity« (»Rettet die Menschlichkeit«), ein Zusammenschluß fünf regierungsunabhängiger Organisationen aus Bosnien-Herzegovina, einen relativ detaillierten Bericht über die Lager veröffentlicht. Die Arbeitsgemeinschaft, der unter anderem das Rote Kreuz von Bosnien-Herzegovina, das Antikriegszentrum Sarajevo und die bosnisch-herzegovininische Vereinigung für die Vereinten Nationen angehören, listete insgesamt 105 Lager auf: 94 in den serbisch besetzten Gebieten Bosnien-Herzegovinas und elf in Serbien und Montenegro.

Über die Gesamtzahl der Gefangenen konnte »Save Humanity« keine genauen Angaben machen. Die Arbeitsgemeinschaft geht jedoch allein für 56 Lager auf dem Territorium Bosnien-Herzegovinas von mindestens 105 348 Internierten aus. In den Konzentrationslagern in Serbien und Montenegro würden 22 710 Menschen festgehalten, heißt es in dem Bericht, in dem auch kleinere Lager mit nur 30 Gefangenen verzeichnet sind (Semizovac-Bunker). In den großen Lagern, etwa in Omarska bei Prijedor, waren nach »Save Humanity« bis zu 11 000 Menschen interniert. Besonders schlimm traf es die Stadt Prijedor. Dort existierten 13 Konzentrationslager mit insgesamt 34 000 Gefangenen.

Mindestens 9 100 Menschen waren nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft schon bis zum damaligen Zeitpunkt in den Lagern ermordet worden, allein 3 000 im Lager des Save-Hafens von Brcko.

Die Zahlen in dem Bericht gaben nur annähernd die Wirklichkeit wieder, da »Save Humanity« keinen Zutritt zu den serbischen Lagern hatte und deshalb auf Aussagen entkommener und freigelassener Insassen sowie weiterer Augenzeugen angewiesen war. Ergänzt wurde der Bericht durch die protokollierten Aussagen mehrerer Opfer.

Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Artikels konnten Tausende KZ-Insassen nicht freigelassen werden, da sich keines der vorher so entsetzten Länder entschließen konnte, sie aufzunehmen – dies bedeutet ein Todesurteil für eine Vielzahl der Gefangenen.

Der Hilferuf »RETTET DIE MENSCHLICHKEIT« scheint ungehört verhallt zu sein. Die in der Weltöffentlichkeit erhobenen Forderungen nach einer Öffnung der Lager waren wohl doch nur Verbalradikalismus und somit bloße Heuchelei.

»Ethnische Säuberung« in den Regionen

■ Kroatien

Ivica Kostovic/Milos Jugas

»Wer Glück hatte, wurde nachts durch Klopfen an der Tür geweckt«

Zusammenfassender Bericht über Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Genozid und »Ethnische Säuberung« im Krieg gegen Kroatien 1991/92

Die Phasen der Aggression

Während der ersten Phase der serbischen Aggression gegen Kroaten (Juli bis August 1991) spielten die serbischen paramilitärischen Truppen, die von der Jugoslawischen Nationalen Armee (JNA) bewaffnet wurden, die vorherrschende Rolle. Mit Hilfe der JNA griffen sie vollkommen wehrlose kroatische Dörfer an, insbesondere im Gebiet von Banija und in der Umgebung von Knin. In erster Linie wollten sie die Häuser der Kroaten zerstören. Die Menschen selbst suchten Zuflucht in den Kellern oder andernorts. Durch unregelmäßiges, aber anhaltendes Bombardement der Artillerie sollte der Widerstand zermürbt werden. So wurden schließlich die meisten Kroaten gezwungen, ihre Häuser und praktisch ihren gesamten Besitz zu verlassen. Sonst wären sie getötet worden, in Gefangenschaft geraten oder in eine Art Sklaverei.

Die Taktik des Aggressors war in der Tat sehr wirkungsvoll, denn die Mehrheit der Zivilbevölkerung hatte nicht damit gerechnet, daß der Krieg mit so brutaler Gewalt ausbrechen würde. Die Bewohner der angegriffenen Dörfer waren unbewaffnet. Sie waren nicht darauf vorbereitet, das Leben der Kinder, Frauen und Alten verteidigen zu müssen. Nach und nach zogen immer längere Kolonnen von Flüchtlingen und Vertriebenen, deren Häuser zerstört und geplündert worden waren, in die zentralen Gebiete Kroatiens, die ihnen größere Sicherheit boten.

Während der zweiten Phase der Aggression (September 1991) griff die JNA selbst aktiv in die Kämpfe ein. Woche um Woche griff sie mit Artillerie und Kampfflugzeugen Hunderte kroatischer Dör-

fer und Städte an. Namen wie Vukovar, Osijek, Vinkovci, Sisak, Karlovac, Pakrac, Petrinja, Lipik, Gospic, Otocac, Zadar, Sibenik, Dubrovnik, Nova Gradiska oder Novska machen das ganze Ausmaß der Brutalität dieser Angriffe deutlich. Parallel dazu begannen die Massentötungen von Zivilisten, die zu einem Grundbestandteil der serbischen Kriegstaktik wurden. Die improvisierten Schutzräume der Zivilbevölkerung waren dem schweren Artilleriefeuer und den Luft-Boden-Raketen nicht gewachsen. Viele Frauen, Kinder und alte Menschen verloren ihr Leben. Tausende von privaten Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden wurden vollständig zerstört. In dieser Phase des Krieges besaßen die kroatischen Verteidigungskräfte nicht einmal genügend schwere Artillerie, um den Aggressor wenigstens neutralisieren zu können.

In der dritten Phase, Oktober/November 1991, führte die JNA einen ausgedehnten, totalen Krieg unter Einsatz von Luftwaffe, schwerer Artillerie und Panzerstreitkräften. Durch die inzwischen aufgebaute Frontlinie konnte die Verteidigung stabilisiert werden. Doch die schwere Artillerie der JNA verursachte noch immer immense Zerstörungen in den kroatischen Städten. Vukovar, Slunj, Dubrovnik waren eingeschlossen und erlitten große Schäden oder wurden teilweise oder ganz zerstört. Während des Novembers 1991 wurden Vukovar und Slunj erobert und bis auf die Grundmauern eingeebnet.

Die bislang letzte Phase der Aggression begann nach dem Waffenstillstand vom 3. Januar 1992 und dauert bis heute an. Im April 1992 kam es zur dramatischen Eskalation der Artillerieangriffe auf eine Reihe ziviler Ziele, insbesondere auf Osijek, Vinkovci, Slavonski Brod, Zupanja, Karlovac, Zadar, Gospic und Nova Gradiska. Auch hier war die Bevölkerung nicht vorbereitet. Die Folgen waren katastrophal. Eine neue Flüchtlingswelle setzte ein. Zivilisten, die bis zu diesem Zeitpunkt in den besetzten Gebieten geblieben waren, wurden gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Auch die Anwesenheit der UNO-Schutztruppen (UNPROFOR) bewahrte sie nicht davor. Die während des Sommers und im Herbst 1992 unvermindert fortgesetzten heftigen Angriffe auf Slavonski Brod und das Gebiet von Zupanja fordern auch heute noch zahlreiche zivile Opfer – zehn Monate nach dem letzten Waffenstillstand und mehr als fünf Monate, nachdem die UNPROFOR die Verantwortung und die Kontrolle in allen vier UN-Schutzgebieten (UN-Protected Area/UNPA) in Kroatien übernommen hat.

Unsere Dokumentation zeigt deutlich, daß die Hauptursache für die zivilen Verluste das unterschiedslose, ausgedehnte und schwere Artilleriefeuer auf rein zivile Ziele gewesen ist. Die Opfer dieser brutalen Angriffe machen einen wesentlichen Anteil an den zivilen Verlusten aus. Darüber hinaus fielen mindestens eintausend Zivilisten Massakern und vorsätzlichen Exekutionen zum Opfer. Zu den Opfern der Zivilbevölkerung gehören überdies die bislang auf mindestens 14 000 geschätzten »Vermissten«. Sehr viele von ihnen sind wahrscheinlich nicht mehr am Leben.

Zerstörung und »Ethnische Säuberung« von 500 kroatischen Dörfern – Zerstörung des geistigen und kulturellen Erbes Kroatiens

Seit Beginn des bewaffneten Konflikts in Kroatien 1991 haben JNA-Einheiten und paramilitärische serbische Truppen die Zivilbevölkerung fortgesetzt bedrängt und bedroht. Nacht um Nacht, Woche um Woche haben sie kroatische Dörfer und Städte aus sicherer Entfernung angegriffen. Auftakt war dabei in der Regel Mörserfeuer auf rein zivile Ziele. Zuerst wurden kleine Dörfer angegriffen, in denen überwiegend oder ausschließlich Kroaten wohnten und die vollständig oder zum Teil von Siedlungen umgeben waren, in denen überwiegend oder ausschließlich Serben lebten. Auch hier verloren die Kroaten, denen die Flucht gelang, ihre gesamte Habe, auch ihre Häuser. Sie haben nun keinen Ort mehr, an den sie zurückkehren könnten. Aus ihrer Heimat, den überwiegend kroatischen Dörfern, wurde ein weiterer Teil eines »rein serbischen Landes«.

Die paramilitärischen Verbände und die JNA-Einheiten verübten Massenmorde an der Zivilbevölkerung, töteten die meist älteren Menschen, die ihre Häuser nicht verlassen wollten, schleiften Dörfer und ganze Städte bis auf die Grundmauern. Durch Artilleriefeuer und Brandstiftung zerstörten oder beschädigten sie mindestens 470 registrierte Kulturdenkmäler, Teile des kulturellen Erbes der Menschheit: 37 Museen, 10 Archive und 16 Bibliotheksgebäude; vorsätzlich sind mindestens 325 römisch-katholische Kirchen und Kapellen schwer beschädigt oder vollständig zerstört worden (Serben sind traditionell orthodox); 44 Klöster, 17 orthodoxe Kirchen, 4 jüdische Synagogen, 7 evangelische und reformierte Kirchen sowie zahlreiche Friedhöfe waren dem heftigen Beschuß und anschließenden Plünderungen ausgesetzt.

Weder die archäologischen Grabungsstätten, wie Vucedol, bei

Vukovar, noch das Zenturion-Feld im Starigad-Tal auf der Insel Hvar (eines der drei am besten erhaltenen in Europa) blieben von Beschuß und Bomben verschont. Aber die wahrscheinlich schamloseste Verletzung der Haager Konvention besteht wohl in den wiederholten, vorsätzlichen und vernichtenden Artillerieangriffen der »jugoslawischen« Armee auf das alte Stadtzentrum von Dubrovnik – ein Kulturdenkmal, das in die Liste der Weltkulturgüter aufgenommen wurde.

Kurz gesagt: Die Aggressoren versuchten, jegliche kroatische Kultur und Tradition zu zerstören und darüber hinaus die gesamte für Kroatiens Überleben unbedingt notwendige Infrastruktur. Allein in Kroatien sind noch etwa 270 000 Bürger als Vertriebene registriert. Insgesamt wurden etwa 500 kroatische Dörfer in einem solchen Ausmaß geplündert und zerstört, daß dort zur Zeit praktisch kein Leben möglich ist. Etwa 90 Prozent der Einwohner dieser Dörfer gehören heute zur großen Gruppe der Vertriebenen oder Flüchtlinge.

Viele von denen, die zurückblieben, wurden brutal gefoltert und getötet. Die Situation der Überlebenden ist kritisch. Sie hängen von der Gnade der selbsternannten »lokalen serbischen Regierung der SAO Krajina« ab und werden als Geiseln oder als eine Art Zwangsarbeiter in den »Geiseldörfern« der besetzten Gebiete Kroatiens festgehalten. Dies alles geschieht, obwohl diese Teile Kroatiens zwischen UNPA-Zonen unter dem Schutz der UNPROFOR geworden sind.

Zwangsumsiedlung als Mittel der »Ethnischen Säuberung«

JNA und serbische paramilitärische Truppen begingen eine Anzahl gravierender Verstöße gegen Personen oder Besitz, welche durch die Genfer Konvention geschützt waren. Zivilisten kroatischer Nationalität wurden vorsätzlich umgebracht, gefoltert oder unmenschlich behandelt. JNA und serbische Paramilitärs verursachten eine weitgehende Zerstörung und eigneten sich das Eigentum kroatischer Zivilisten an, ohne daß dies durch militärische Notwendigkeit gerechtfertigt war. Der vorsätzliche und systematische Artilleriebeschuß Tausender ziviler Ziele zwang die Bevölkerung, ihre Häuser aufzugeben. Gegen Zivilisten gerichtete Massaker und grausame Exekutionen zielten offensichtlich darauf ab, diejenigen Kroaten zu entmutigen, die sich trotz allem entschlossen hatten, ihre Heimat nicht aufzugeben.

Wie es den Kroaten ergangen ist, die in dem vorübergehend von JNA und serbischen paramilitärischen Truppen besetzten kroatischen Territorium verblieben waren, konnte bisher nur zum Teil aufgedeckt werden.

Jedoch scheint die JNA in Kooperation mit serbischen paramilitärischen Truppen eine Reihe schwerwiegender Verletzungen der Genfer Konvention begangen zu haben. Frauen wurden vor Vergewaltigungen oder andersgearteten Angriffen nicht geschützt. Einschüchterung, Terrorismus, kollektive Strafen und Repressalien gegen Zivilisten und deren Eigentum waren in den besetzten Gebieten häufig, ungeachtet der Anwesenheit von UNPROFOR. Geiselnahme scheint zur Routine geworden zu sein. Zivilisten nichtserbischer Nationalität wurden gezwungen, Arbeiten zu verrichten, die das Maß dessen, was notwendig ist, um Nahrung, Schutz, Kleidung, Transport und Gesundheit eines menschlichen Wesens zu sichern, deutlich überstiegen; sie wurden überdies gezwungen, Arbeiten auszuführen, die in direkter Verbindung mit der Durchführung militärischer Operationen standen.

Die Bedingungen für die nichtserbischen Arbeiter entsprachen dabei keineswegs denen der Serben. Dies bezieht sich insbesondere auf die Löhne, auf Arbeitszeit, -schutzkleidung und -werkzeug, auf berufliche Qualifikation oder Entschädigung bei Arbeitsunfällen, die durch die Besatzungsbedingungen verursacht wurden, sowie auf Versorgung im Krankheitsfall.

Oft wurden und werden Einzelpersonen oder große Bevölkerungsgruppen aus den besetzten Gebieten in Gegenden deportiert, die zum Territorium der Besatzungsmacht gehören oder in Regionen, die unter kroatischer Kontrolle stehen. Für solche Bevölkerungsverschiebungen gab es weder militärstrategische Gründe, noch wurde auf Schutz oder Sicherheit der zivilen Bevölkerung Rücksicht genommen. Die Besatzungsmacht siedelte darüber hinaus auch Angehörige der eigenen Zivilbevölkerung zwangsweise in den besetzten Gebieten an.

Nicht gewährleistet ist der Betrieb von Einrichtungen des öffentlichen Dienstes wie Bildung und Erziehung der Kinder. Zivilpersonen werden zu den bewaffneten Streitkräften oder deren Hilfstruppen zwangsrekrutiert. Allgegenwärtig war stets auch die Propaganda der Besatzer, die mit mehr oder minder starkem Druck auf einen »freiwilligen« Beitritt einer besetzten Region zum Territorium des Besatzers abzielte.

Zerstört wurden individuelles und Gemeindeigentum, private Institutionen, öffentliche Einrichtungen, soziale Gemeinschafts-Organisationen, ohne daß es dafür irgendeine zwingend notwendige militärisch-strategische Ursache gegeben hätte. Die Besatzungsmacht stellte weder die Ernährung noch die medizinische Versorgung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten sicher. Sie unternahm nichts, um Medikamente oder Nahrungsmittel, die in den besetzten Gebieten fehlten, aus anderen Regionen des eigenen Territoriums herbeizuschaffen.

Massaker und andere vorsätzliche und willkürliche Tötungen an kroatischen unbewaffneten Zivilpersonen

Durch Massaker, standrechtliche Exekutionen und andere vorsätzliche und willkürliche Tötungen kamen in den serbisch besetzten Gebieten nachweislich etwa 1 000 kroatische Zivilisten ums Leben. Damit haben serbische Einheiten das Kriegsrechts verletzt. Wesentlich mehr Menschen »verschwanden« einfach und wurden nach Monaten erfolgloser Suche von ihren Angehörigen und Nachbarn meist für tot gehalten. Eindeutig durch Autopsieberichte und beigefügte Augenzeugenberichte dokumentiert sind die folgenden drei Beispiele, die stellvertretend für zahllose andere stehen:

Am 3. September 1991 drangen JNA-Einheiten in Begleitung serbischer paramilitärischer Kräfte in die Dörfer Catekovac, Balinici und Cojlug bei Podravska Slatina ein, setzten die Häuser der Kroaten in Brand und brachten insgesamt 22 Personen (20 Zivilisten und zwei Polizisten) um: elf in Balinici, acht in Catekovac und drei in Cojlug. Darunter waren Frauen im Alter von 63, 68, 72, 86 und 91 Jahren. Die Autopsie der Verstorbenen wurden an der Abteilung für Pathologie und Gerichtsmedizin des Allgemeinen Krankenhauses Osijek durchgeführt.

Am 13. Dezember 1991 ermordeten serbische paramilitärische Kräfte während ihres Rückzugs aus der Gegend von Papuk in Richtung Okucani bei Stara Gradiska brutal 43 Zivilisten kroatischer Nationalität und brannten ihre Häuser nieder: 32 in Vocin, sieben in Hum und vier in Kraskovici. Die Identifikation und Autopsie der zivilen Opfer wurde am 17. Dezember 1991 im medizinischen Zentrum von Podravska Slatina von einem Expertenteam durchgeführt, das in der Abteilung für Gerichtsmedizin der Medizinischen Fakultät der Universität Zagreb zusammengestellt wurde.

Am 18./19. November 1991 drangen starke Kräfte der JNA und

serbische paramilitärische Einheiten in die Dörfer Skabrnje und Nadin im Hinterland von Zadar ein und besetzten sie. Sie brachten mindestens 45 unbewaffnete Zivilisten grausam um – 38 in Skabrnje und sieben in Nadin. Die Getöteten wurden am 23. und 26. November in der Abteilung für Pathologie des Allgemeinen Krankenhauses in Zadar identifiziert und autopsiert, nachdem die JNA die Leichname unter Aufsicht der EG-Beobachterkommission kroatischen Vertretern in Zadar übergeben hatte.

Vukovar:

Ein Beispiel für die Verletzung aller Genfer Konventionen

Während des drei Monate andauernden Kampfes um Vukovar hat die schwere Artillerie der JNA die belagerte Stadt bis auf den Grund verwüstet. Am 19. November 1991 drangen JNA und serbische paramilitärische Truppen schließlich in Vukovar ein und begannen sofort mit der Tötung, Deportation und Zwangsumsiedlung seiner Bewohner. Innerhalb weniger Tage wurde die Stadt erobert. Das Vukovarer Krankenhaus sowie einige große zivile Schutzräume in den Stadtteilen Borovo Naselje und Mitnica wurden besetzt und zahlreiche Zivilisten abgeführt und exekutiert. Tausende von Menschen mußten zu Fuß auf gefährlichen Wegen fliehen. Einige tausend Bürger der Stadt wurden in Lagern wie Begejci oder Srajevce interniert, die an Konzentrationslager erinnern. Der Schluß liegt nahe, daß die Bürger Vukovars den zahlenmäßig größten Anteil aller kroatischer Todesopfer ausmachen. Nach den derzeitigen offiziellen Angaben wurden mindestens 1 798 von ihnen getötet: 590 der Getöteten sind bis zum 6. November 1991 in den Unterlagen der Abteilung für Information und Forschung des Gesundheitsministeriums der Republik Kroatien verzeichnet; 709 in der »Liste der identifizierten Toten«, die von Pathologen der »jugoslawischen« Armee nach der Besetzung Vukovars vorgelegt wurde. 499 Personen wurden laut schriftlicher Zeugenaussagen von Überlebenden und Augenzeugen sowie der Liste des Totengräbers, der nach dem Fall Vukovars auf dem neuen Friedhof von Vukovar arbeitete, nach der Besetzung in Vukovar selbst oder anschließend in serbischen Lagern exekutiert oder ermordet.

Weitere, besonders schwerwiegende Verletzungen der Genfer Konventionen lassen sich am Schicksal der Patienten und des Personals des Krankenhauses von Vukovar belegen: Die JNA hatte in Übereinstimmung mit einem dreiseitigen Abkommen, das vom

JNA-General Andrija Raseta und dem Gesundheitsminister der Republik Kroatien, Prof. Dr. Andrija Hebrang, sowie einem Vertreter des IKRK am 18. November 1991 unterzeichnet wurde, eine sichere Evakuierung des Krankenhauses unter Aufsicht der Internationalen Gemeinschaft garantiert. Dennoch mißachtete JNA-Oberst Veselin Sljivancanin das Abkommen, besetzte das Krankenhaus und nahm 200 Patienten gefangen. 166 von ihnen wurden dem IKRK unmittelbar nach dem Fall Vukovars als vermißt gemeldet, die übrigen erst später von Angehörigen. Darüber hinaus verschleppte Oberst Sljivancanin 25 Mitarbeiter des Pflegepersonals, 18 Angestellte des Krankenhauses und 60 Zivilisten, die im Krankenhaus Schutz gesucht hatten, nach Ovcara. Somit wurden insgesamt 303 Personen von JNA-Einheiten direkt aus dem Krankenhaus von Vukovar verschleppt. IKRK-Vertretern wurde nicht erlaubt, das Krankenhaus zu betreten und eine Liste der Patienten zu erstellen.

Am 22. Oktober 1991 berichteten ein UN-Sprecher und ein Sprecher des US State Departments, daß Dr. Snow, ein Experte aus dem Team des Sonderberichterstatters Tadeusz Mazowiecki, ein Massengrab bei Ovcara gefunden habe. Dort sollen die Verschleppten aus dem Krankenhaus in Vukovar exekutiert worden sein.

Weitere 1 698 Personen, die nach der Besetzung Vukovars durch die »jugoslawische« Armee verschwanden, werden noch vermißt. Die meisten wurden höchstwahrscheinlich ebenfalls getötet. Somit muß damit gerechnet werden, daß 3 799 Einwohner Vukovars ums Leben kamen (1 798 wurden getötet oder exekutiert, 303 aus dem Krankenhaus verschleppt und 1 698 werden vermißt). Etwa 70 Prozent von ihnen waren Zivilisten oder Mitglieder der zivilen Verteidigung der Stadt.

Serbische Konzentrationslager und Gefängnisse

Es ist inzwischen sehr gut dokumentiert, daß serbische Militärs KZ-ähnliche Lager unterhielten, in denen Nichtserben interniert waren. In Serbien selbst gab es ab Anfang Oktober 1991 für mindestens 527 Gefangene z.B. das Lager Begejci und das Lager Stajicevo, 15 Kilometer von Zrenjanin gelegen. Dort wurden mehr als 1 300 Zivilisten und Zivilverteidiger aus Vukovar am 20. November 1991 gefangenengesetzt. Durch paramilitärische serbische Truppen entstanden auch improvisierte, KZ-ähnliche Lager in der sogenannten »Krajina«, sowie einige Gefangenenlager, die von der JNA kontrolliert werden. Die meisten Menschen gerieten nicht im Zuge direkter,

militärischer Auseinandersetzungen in Gefangenschaft. Die Mehrheit der Zivilisten wurde von serbischen Paramilitärs, die an der Zerstörung von über 500 kroatischen Dörfern beteiligt waren, in die Lager abgeführt. Die zweifellos größte Anzahl von Zivilisten wurde nach dem Fall Vukovars gefangenengenommen.

Die Unterhaltung derartiger Lager und die Internierung Tausender unschuldiger Zivilisten stellen eine gravierende Verletzung der Genfer Konvention dar. Praktisch alle kroatischen Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren wurden in Gefangenenlager wie Stajicevo und Begejci gebracht. Kinder und Jugendliche, Frauen und Ältere wie auch eine große Anzahl ernsthaft kranker Menschen – besonders die geistig und chronisch Kranken – wurden in diesen Gefängnissen und Konzentrationslagern festgehalten. Viele Unschuldige wurden während der Haft getötet. Nach dem April 1992 wurde zudem eine nicht bekannte Zahl kroatischer Zivilisten, die beiderseits der kroatisch-bosnischen Grenze lebten, verhaftet, in Lagern interniert und furchtbar mißhandelt. Im Zuge des Austausches Gefangener und Getöteter erhielt Kroatien viele Tote zurück. An diesen Leichnamen läßt sich medizinisch eindeutig nachweisen, daß zahlreiche kroatische Lagerinsassen während ihrer Haft grausam geschlagen und physisch mißhandelt wurden.

Benedikt Stumpf

Böses erzeugt Böses

»Bruderkrieg: An einem Tag wie heute stürmt aus den Wäldern ein Trupp schwerbewaffneter Cetniks auf dein Dorf zu. Sie beschießen die Kirche, zünden Häuser an, dann kommen sie zu dir. Deine Mutter ist 91, aber sie brechen ihr mehrfach den rechten Arm, die Beine, zerschießen die Arterie und töten sie mit einem Genickschuß. Deinem Bruder zerreißt aus nächster Nähe ein Dum-Dum-Geschoß die Hauptschlagader. Sie schneiden ihm die Nasenspitze ab, dann wird er Schuß für Schuß mit Kleinkaliberstahlkugeln hingerrichtet.

Deinem Sohn brechen die Männer die Rippen, dann treten sie mit den Stiefeln auf seinen Schädel ein, bis Gehirnmasse herausrinnt. Dich selbst werden sie vielleicht mit Teer übergießen und liegenlassen. Und wenn sie dann abziehen, weiß du, daß es keine Wilden waren, die deine Träume, dein Leben und das deiner Familie für

immer vernichtet haben. Es waren Lukovic, Ramic, Slovc und die anderen Nachbarn vom nächsten Dorf oder von der StraÙenzeile gegenüber. Sie haben die gleiche Hautfarbe wie du und auch den gleichen Gott. Nur sind sie eben nun bewaffnet, und jemand muß ihnen gesagt haben, daß sie einem anderen Stamme angehören.«

(Süddeutsche Zeitung MAGAZIN, 8. November 1992)

Für viele Kroaten hatten die 1990 beginnenden und 1991 zu einem Krieg eskalierenden bewaffneten Auseinandersetzungen eine traumatische Dimension. Ob in der Krajina und Banja, in Slawonien und der Baranja – die Cetniks, die sie überfielen, bedrohten, beraubten, vergewaltigten und ihre Angehörigen mit furchtbarer Brutalität ermordeten, waren meist keine fremden, ihnen völlig unbekannte Menschen. Oft waren es Arbeitskollegen, Schulfreunde, Nachbarn oder die Einwohner des nächsten Dorfes. Den Muslimen in Bosnien-Herzegowina ging es seit April 1992 genauso: Menschen, mit denen man über Jahrzehnte hinweg friedlich zusammengelebt hatte, begingen plötzlich unvorstellbare Greuelataten. In den Gesprächen mit Opfern dominiert meist die Unbegreiflichkeit dieser Ereignisse. Waren die serbischen Mitmenschen nicht an den Überfällen beteiligt, so wurden sie doch oft über bevorstehende Angriffe informiert. Viele von ihnen brachten sich in Sicherheit, ohne ihre kroatischen Nachbarn zu warnen.

Diese Erfahrungen haben bei vielen Kroaten einen Haß auf alles Serbische entstehen lassen. Eine pubertär nationalistische Propaganda mancher kroatischer Medien, dementsprechende Äußerungen von Politikern und die historischen Belastungen des serbisch-kroatischen Verhältnisses haben ebenfalls dazu beigetragen.

»Nie in der Geschichte ist es so schwer gewesen, Serbe zu sein wie heute« – diese Aussage des serbischen Historikers Vladislav Marjanovic trifft in vielerlei Hinsicht zu. »Wir empfinden eine Art von extremer Kollektivschuld. (...) Wer das Gegenteil behauptet, lügt. Ich habe über Monate in einer Höhle gelebt. Danach mußte ich in den Straßen über die verkohlten Leichen meiner Nachbarn steigen. Wir schlafen nicht mehr: So erleben wir nachts keine Alpträume – aber tagsüber haben wir genug davon«, sagte eine serbische Einwohnerin Vukovars nach der »Ethnischen Säuberung« der Stadt.⁷

Seit 1990 haben 150 000 Serben Kroatien verlassen. Die Mehrheit

⁷ Marjanovic, Vladislav: Es führt kein Weg zurück nach Amsfeld, in: Publik-Forum 1/1992.

⁸ Epstein, Marc: Sieger ohne Gnade, in: ZEIT-Magazin 42/1992.

ist jedoch im Land geblieben. Etwa 450 000 Serben leben noch in Kroatien, davon allein 40 000 in Zagreb. Sie sind, soweit sie nicht in den serbisch besetzten Gebieten leben und sich ohnehin nicht frei äußern können, loyale Staatsbürger. Doch dies stellt sie vor große Probleme: So wurden beispielsweise Angehörige der serbischen Minderheit, die in Vukovar auf der Seite der kroatischen Verteidiger kämpften und von der serbischen Volksarmee festgenommen wurden, während ihrer Gefangenschaft besonders mißhandelt: sie seien ja »keine richtigen Serben«, hätten offensichtlich »keinen Tropfen serbischen Blutes« in sich, so die Soldaten.

Gleichzeitig begegnen die Kroaten der serbischen Minderheit in Kroatien mit latentem Mißtrauen. Die Serben im Land sind vielfältigen Repressalien ausgesetzt. So gibt es Berichte über Fälle von Gewalttätigkeiten, Selbstjustiz und Racheakten. In der slawonischen Stadt Daruvar mit 30 000 Einwohnern und einem serbischen Bevölkerungsanteil von 31 Prozent (nach der Volkszählung von 1991) wurde serbischen Bewohnern der Stadt zeitweise die Behandlung in Krankenhäusern verweigert oder serbische Patienten wurden ohne Begründung entlassen.

Aus Zagreb sind Fälle bekannt, wo Telefonanschlüsse gekappt, Wohnungen von Serben samt Eigentum beschlagnahmt, fristlose Kündigungen ausgesprochen wurden.

In den Zagreber Stadtteilen Kozari Put und Kozari Bok, die als Viertel der Ärmeren gelten, ist es zu einem Exodus der serbischen Einwohner gekommen. Mehr als 10 000 Serben sollen weggezogen sein und alles zurückgelassen haben, was sie besaßen. Wer bleibt, versucht seinen serbischen Namen ändern zu lassen. Eltern lassen ihre Kinder in den Schulen als Kroaten einschreiben.

In der Nacht zum 17. November 1991 wurden bei einer Razzia in Gospic 150 Serben festgenommen und auf zwei Lastwagen abtransportiert. 64 von ihnen galten zunächst als verschwunden, bis im Januar 1992 in Perusic in der Nähe von Gospic, 29 mit ungelöschtem Kalk unkenntlich gemachte Leichen entdeckt wurden, von denen einige identifiziert werden konnten: Es waren die Serben aus Gospic.

Trotz allem sind diese Verbrechen nicht mit der gezielten Vernichtungspolitik des Milosevic-Regimes und serbischer Nationalisten zu vergleichen, denn diese lassen die »Ethnische Säuberung« der von ihnen beanspruchten Gebiete mit grausamer Systematik durchführen.

Während sich die serbische Regierung heute über alle völkerrechtlichen Maßstäbe hinwegsetzt, hat sich Kroatien zu den Bestimmungen der UN-Charta und zur Schlußakte von Helsinki bekannt und akzeptiert die Charta von Paris, in der sich die Unterzeichner unter anderem verpflichten, die Rechte der ethnischen und nationalen Gruppen und Minderheiten zu gewährleisten. So müssen jegliche gegenüber Serben begangenen Menschenrechtsverletzungen strafrechtlich verfolgt werden, was die kroatischen Behörden auch zugesichert haben. Sie scheinen jedoch bisher sehr zögerlich zu verfahren.

»Böses erzeugt Böses«, kommentiert die Vorsitzende der kroatischen Organisation »Mütter für den Frieden« Menschenrechtsverletzungen von kroatischer Seite und fügt hinzu: »Aber jedes Verbrechen ist ein Verbrechen und muß geahndet werden.«

Die Minderheiten als Opfer serbischer Aggression

Die Situation der Ungarn in den Kriegsgebieten Kroatiens

Die ungarische Volksgruppe in Kroatien ist seit Beginn dieses Jahrhunderts dramatisch zusammengeschrumpft. Im Jahr 1910 wurden dort 120 000 Ungarn registriert, 1948 51 000. Nach der letzten Volkszählung von 1991 waren es nur noch 22 355.

Vor Ausbruch des Krieges im Sommer 1991 stellten die etwa 9 000 Ungarn in der Baranja 18 Prozent der Gesamtbevölkerung. Sie lebten in autonomen, mehrheitlich ungarischen Siedlungen wie in Lug (Laskó), Vardarc (Várdaróc), Kapacevac (Kopács), Zmajevac (Vörösmart), Suza (Czúza), Kotlina (Sepse) oder Novi Bezdán. In Ostslawonien mit ungefähr 7 000 Ungarn gab es ebenfalls autonome ungarische Ortschaften wie Koroeta (Kórógy) und Laslovo (Szentlászló). Viele von ihnen lebten unter Kroaten in größeren oder kleineren Gemeinden. So wurden in Osijek 3 056, in Vinkovci 1 644 und in Vukovar 1 375 Ungarn gezählt. Angehörige der ungarischen Volksgruppe siedelten auch zwischen Virovitica, Daruvar und Bjelovar. In Zagreb waren 1 208 Ungarn gemeldet.

Die jugoslawische Bundesarmee (JNA) besetzte im Juni 1991 die Baranja. Die Bevölkerung konnte keinen Widerstand leisten, denn kaum jemand besaß eine Waffe. Noch einen Monat zuvor hatten sich die Ungarn in einem Referendum für eine eigenständige, souveräne Republik Kroatien ausgesprochen.

Die serbische Aggression griff auf Slawonien über. Die ungarische Bevölkerung in Koroeta wurde bombardiert und vertrieben. Serbische Banden plünderten ihre zerstörten Häuser. Die Einwohner von Laslovo, Ungarn und Kroaten, leisteten gemeinsam Widerstand und konnten die übermächtige serbische Armee lange aufhalten. Laslovo ist heute dem Erdboden gleichgemacht, alle Einwohner wurden vertrieben. Das über 900 Jahre alte Dorf hatte, wie das benachbarte Koroeta, im Mittelalter den Angriff der türkischen Armee überstanden.

Obwohl die Einwohner von Vukovar mehrere Monate lang erbitert Widerstand leisteten, wurde die ostslawonische Stadt völlig zerstört. Die Bürger (Kroaten, Ungarn, Slowaken und auch einige Serben) wurden ebenso vertrieben wie die Nichtserben aus anderen Orten Ostslawoniens.

Auch in der Baranja wurden die Menschen massiv eingeschüchert und unter Druck gesetzt: Als erste erhielten die wohlhabenderen, dann aber fast alle Nichtserben Drohbriefe: Innerhalb einer festgesetzten Zeitspanne hätten sie ihre Häuser zu räumen, sonst würden sie und ihre Angehörigen getötet. Die Fenster ihrer Häuser wurden eingeschlagen, in den Straßen wurde nachts geschossen. Vielen wurde ohne Begründung gekündigt. Wie zur Zeit der Judenverfolgung fanden viele ihre Namen auf den öffentlichen Listen der »unerwünschten Personen« wieder. Allein aus Batina (Köszeg) wurden auf diese Weise mindestens 20 kroatische und ungarische Familien vertrieben.

An den meisten Schulen wurde der Unterricht in ungarischer Sprache verboten. Die letzten ungarischen Lehrer mußten in kyrillischen Buchstaben schreiben und ihren Unterricht mit serbischen Schulbüchern nach serbischem Konzept gestalten. Die serbischen Besatzer führten eine Polizeistunde ein, und selbst Schwerkranke durften nicht in das am ehesten erreichbare Krankenhaus von Sombor in der Wojwodina eingeliefert werden.

Den Nichtserben soll laut Informationen aus der Baranja befohlen worden sein, besondere Armbinden zu tragen. Die Telefonverbindungen wurden gekappt. Es war untersagt, kroatische Radio- oder Fernsehsendungen zu empfangen. Briefe mußten bei der Post geöffnet abgegeben werden.

Die eingeschüchternete Bevölkerung floh über den Grenzübergang bei Knezevo nach Ungarn. Die, die dennoch blieben, wurden eingezogen. Sie sollten gegen die kroatischen »Ustaschas« kämpfen oder

von Serbien beanspruchtes Gebiet verteidigen. Viele Ungarn verweigerten den Militärdienst. Schon im August 1991 flüchteten vor allem junge Männer in die Vojvodina, nach Ungarn, Kroatien oder Westeuropa. Aus den vorwiegend ungarischen Gemeinden in der Baranja wurden bis Ende März 1992 mindestens 4 000 Ungarn vertrieben oder mußten fliehen, aus Ostslawonien ungefähr 2 000 bis 3 000. Die Fluchtbewegung hält weiter an.

In diesem Krieg wurden die Gebiete Kroatiens besonders hart getroffen, in denen die Ungarn noch in ethnisch fast homogenen Ansiedlungen lebten. Gerade die jungen Leute und die Intellektuellen wurden vertrieben oder flohen. In den serbisch besetzten Gebieten Kroatiens sind nicht nur das Leben und die Freiheit jedes einzelnen Ungarn gefährdet. Es droht der Exodus der gesamten ungarischen Minderheit.

Tschechen und Slowaken wollen in Kroatien bleiben

Bei der letzten Volkszählung von 1991 bekannten sich in Kroatien 13 086 Menschen zur tschechischen und 5 606 zur slowakischen Nationalität, wahrscheinlich liegt ihre Zahl jedoch insgesamt bei etwa 25 000. Die Tschechen siedelten sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die Slowaken etwa hundert Jahre später in Kroatien an. Orte mit einem größeren Anteil der tschechischen Minderheit sind Daruvar, Grubisno Polje, Pakrac, Sisak, Pozega, Bjelovar, Zagreb und Rijeka. Die Slowaken leben in Nasice, Djakovo, Vukovar, Pakrac und Novska.

Durch die serbischen Angriffe auf Kroatien gerieten auch diese Minderheiten in große Bedrängnis. Viele ihrer Dörfer wurden beschossen, Wohnhäuser, Schulen und Kultureinrichtungen sind zerstört. Mehr als 90 Tschechen und Slowaken wurden getötet, mindestens 150 verletzt, viele werden noch immer vermißt.

Im Sommer 1991 wurden 1 300 tschechische und slowakische Kinder vorübergehend in die CSFR evakuiert. Sie kehrten inzwischen alle nach Kroatien zurück. Die Regierung der CSFR bot allen Tschechen und Slowaken die sofortige Aufnahme und Einbürgerung an, aber sie lehnten ab. Sie betrachten Kroatien als ihre Heimat und wollen dort demokratische Reformen und den Wiederaufbau des Landes unterstützen.

Die Vertreibung der Russinen und Ukrainer

Mitte des 18. Jahrhunderts siedelten sich Russinen aus der Karpato-Ukraine in der Vojvodina an, die damals unter österreichisch-ungarischer Herrschaft stand. Erst 150 Jahre später zogen Ukrainer vor allem aus Galizien (westliche Ukraine) nach Nordwest-Bosnien und in das mittlere und westliche Slawonien. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen viele von ihnen in die Vojvodina und nach Ostslawonien. Russinen wie Ukrainer konnten ihre Sprachen und Kulturen pflegen und bewahren, weil ihnen die österreichisch-ungarischen Behörden die Einrichtung von Pfarrschulen und eigene griechisch-katholische Kirchen gestatteten.

Vor Kriegsausbruch gab es insgesamt 25 000 bis 35 000 Russinen und etwa 12 000 Ukrainer im ehemaligen Jugoslawien. In Kroatien im Frühjahr 1991 votierten auch die dort lebenden etwa 3 500 Russinen und die 2 500 Ukrainer für die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik. Viele verteidigten ihre Heimat in der kroatischen Armee gegen die serbischen Truppen. Bis heute gibt es für die ukrainische und russinische Minderheit keine gesicherten Zahlen der Opfer und Vertriebenen, der Verwundeten und Verschwundenen für Ost- und Westslawonien. Sicher ist, daß mindestens 133 Zivilisten und 30 Soldaten getötet wurden. 242 sind nachweislich in Lagern interniert. Ein Viertel der Ukrainer und Russinen wurde aus den serbisch besetzten Gebieten Kroatiens vertrieben.

Über die Situation der mindestens 20 000 Russinen und 5 000 Ukrainer in der serbisch verwalteten Vojvodina gibt es keine detaillierten Informationen. In Bosnien leiden die nur etwa 6 000 Ukrainer unter Schikanen und Verfolgung durch die serbischen Truppen. Wieviele von ihnen ums Leben kamen, ist nicht bekannt. Viele Ukrainer wurden vertrieben oder mußten fliehen, ihre Häuser wurden zerstört oder enteignet, ihre Kirchen gesprengt, ihre Schulen geschlossen.

Deutsche in Kroatien: Die Mehrheit mußte flüchten

Vor Beginn des Zweiten Weltkrieges lebten 550 000 Deutsche im Königreich Jugoslawien. Viele flohen während des Krieges, fielen Massakern zum Opfer, wurden vertrieben oder schließlich durch die Partisanen Titos deportiert, so daß es 1948 gerade noch 55 000 waren.

Heute leben auf dem Gebiet Kroatiens etwa 13 000 Menschen, die sich zur deutschen Nationalität bekennen, zumeist in den jetzt von

Serbien besetzten Gebieten entlang der Donau. So sind sie unmittelbar durch den Krieg betroffen. Der im ostslawonischen Osijek ansässige »Verein der Deutschen und Österreicher« gab bekannt, daß die meisten Angehörigen dieser Minderheiten fliehen mußten. 429 von ihnen wurden während der Kämpfe getötet, 162 in serbische Gefangenenlager verschleppt, und 351 Personen werden bis heute vermißt.

Darüber hinaus wurden die kulturellen Einrichtungen der Minderheit in Osijek, Vukovar, Vinkovci und Sarvas zerstört. Erst 1990 war ihnen eine eigenständige Kulturarbeit zugestanden worden.

Serbiens Angriffskrieg und die Politik der »Ethnischen Säuberung« haben auch die deutsche Minderheit Kroatiens aus dem Land getrieben.

Die Vertreibung der italienischen Gemeinschaft aus Pakrac

Unter Franz-Josef I, Kaiser von Österreich und König von Ungarn, siedelten sich vor 110 Jahren italienische Familien aus der Umgebung von Veneto und Belluno in Ostslawonien an. Nördlich von Pakrac gründeten sie das Dorf Plostine. Bis heute konnten die Angehörigen dieser italienischen Gemeinschaft ihre Sprache und Kultur bewahren. Sie benutzen ein etwas altertümliches Italienisch, da ihre Kinder nie in eigenen Schulen unterrichtet werden konnten.

Nach der letzten Volkszählung im Jahre 1991 lebten in der Gemeinde Pakrac (Kreis Lipik) 1680 Italiener. Sie pflegten mit den Kroaten, Tschechen oder Serben gut nachbarschaftliche Beziehungen. Wie viele Nichtserben und einige serbische Familien wurden auch sie Opfer des serbischen Terrors. Zusammen mit vielen Kroaten wurden zehn Italiener von serbischen Soldaten gefangen genommen. Drei kehrten nicht zurück. Sie wurden höchstwahrscheinlich getötet. Zwölf Italiener fielen im Dienst der kroatischen Armee. Unter den Zivilisten beklagt die italienische Volksgruppe 15 Tote.

Die italienischen Familien aus der Gemeinde Pakrac wurden durch die serbische Aggression vertrieben. Die meisten fanden in Italien, in der Umgebung von Belluno, Zuflucht. Ihre Häuser in Kroatien sind zerstört. Doch viele hoffen auf eine Rückkehr, wenn Pakrac wieder aufgebaut ist.

Zeugenaussage

Die folgende Zeugenaussage wurde während einer internationalen Anhörung zu Massenvertreibung und »Ethnischer Säuberung«, die die Gesellschaft für bedrohte Völker am 20./21. September 1992 in Frankfurt veranstaltet hat, aufgezeichnet. 54 Vertriebene und Überlebende aus Kroatien, Bosnien-Herzegowina, der Vojvodina, dem Kosovo und dem Sandschak sagten vor einem Gremium von Juristen, Menschenrechtlern und Journalisten aus.

Bei allen Berichten sind die Namen der Zeugen verändert worden, um ihre Sicherheit und die ihrer Angehörigen nicht zu gefährden. Die Aussagen sind gekürzt.

Aussage Nr. 1

Zeuge aus Prekopakra

Ich bin Tscheche aus Kroatien und war während des Krieges in Prekopakra, Gemeinde Pakrac. Vor dem Krieg war ich Reserveoffizier der jugoslawischen Armee. Am 19. September 1991 haben die jugoslawische Armee und Serben aus Pakrac die Stadt mit Artillerie beschossen. Keiner von uns Bewohnern von Pakrac hatte Waffen oder irgendwelche anderen Mittel, mit denen wir uns verteidigen konnten. Während dieser Zeit waren nur Zivilbevölkerung und einige Reservisten in Pakrac. Am 16. September um 5 Uhr morgens haben sie Prekopakra mit Granaten angegriffen, und wir gingen in den Keller meines Hauses. Auf mein Haus fielen drei Granaten. Die vierte Granate fiel in den Hof, tötete meinen Vater und verletzte meine Mutter schwer. Vier Tage später haben sie wieder angegriffen, Leute, die aus dieser Gegend sind. Ich kenne ihre Namen. Zwei Tage danach wurde unser Dorf von einem Flugzeug der ehemaligen jugoslawischen Luftwaffe bombardiert. Alles war zerstört, fünf Leute wurden verletzt und ein Mensch ist umgekommen. Mit dem Fernglas konnten wir die Stellungen beobachten. Da waren Soldaten der jugoslawischen Armee, mit Serben aus der Gegend von Pakrac: Bogdan Damic, Stevo Minecevic, Milenko Minecevic, Momcilo Gustovarac, Stevo Gajic, Milan Gajic. Diese Männer waren übrigens auch an dem Massaker an 18 Polizisten im Dorf Kusonje im September 1991 beteiligt. Damals fuhren 21 kroatische Polizisten in einem selbstgebauten Panzerwagen auf das Dorf zu, um eine Kontrolle durchzuführen. Etwa einen halben Kilometer vom Dorf entfernt

kamen sie an eine Barrikade, die sie mit ihrem Fahrzeug forträumten. Im gleichen Augenblick wurden sie mit einer Granate beschossen, und ein Feuergefecht schloß sich an.

Die Polizisten waren zufällig in die Kampflinie geraten und plötzlich von 600 Cetniks umstellt. Nach einigen Stunden Kampf wurden 18 Polizisten gefangengenommen, die anderen waren tot. Die 18 Gefangenen wurden grausam zu Tode gefoltert. Sie wurden mit dem Messer gestochen, dann mit dem Schraubenzieher. Die Nasen, Ohren und Genitalien wurden abgeschnitten. Sie wurden mit Draht gefesselt und gequält. Und einige wurden unter den Panzer geschoben und mit dem Panzer plattgefahren. Bei diesem Massaker war fast die ganze Bevölkerung von Kusunje, hauptsächlich Serben, dabei. Sie konnten mit den gefesselten Leuten machen, was sie wollten. Sie haben drauf geprügelt, sie haben sie geschlagen mit allem, was sie hatten. Dieses Massaker betraf zwar nur die 18 Polizisten, aber in den Dörfern waren insgesamt etwa 150 Gefangene, Kroaten, Tschechen, Ungarn.

Etwa am 20. September 1991 haben sich Panzertruppen der jugoslawischen Armee aus Banja Luka, Bjelovar und Varazdin zusammengeschlossen und eine Offensive gemacht in dieser Gegend. Vor dem Dorf Kusunje liegen Weinberge. Von dort wurden Stjepan Major, Ilias Turkovic und Marijan Svertlic in Lager gebracht. Aus dem Dorf Batinjani, wo es auch Tschechen, Kroaten, Ungarn und Italiener gab, sind alle vertrieben worden. Das waren Serben aus dem Ort. Die ehemalige jugoslawische Armee hat die Leute aus Panzern beschossen, mit Gewehren und Granaten. Massaker haben die Serben verübt.

Am 3. Oktober haben wir dann Frauen, Kinder und ältere Leute aus dem Keller rausgeholt. Dann sind wir nach Zagreb gekommen. Danach erst haben wir Uniformen angezogen. Bis dahin waren wir Zivilisten. Wir haben die Uniformen von MUP, das ist Ministerium für innere Angelegenheiten, angezogen. Danach sind wir zurückgegangen und haben so lange gekämpft, bis die UNPROFOR-Truppen gekommen sind. Ich habe meine Uniform am 1. August 1992 ausgezogen. Und jetzt bin ich Vertreter der tschechischen und slowakischen Minderheit im Parlament in Zagreb.

■ Bosnien-Herzegovina

Tilman Zülch

Genozid in Bosnien

Als Roy Gutman, Auslandskorrespondent der New Yorker Tageszeitung »Newsday«, am 2. August 1992 über die systematischen Tötungen von Häftlingen in den serbischen Konzentrationslagern von Omarska und Brcko berichtet hatte, ging ein Aufschrei der Empörung durch die westlichen Massenmedien. Politiker, Parteien und Institutionen zeigten für einige wenige Tage Betroffenheit, zumal vier Tage später ein britisches Team von »Independent Television News« aus dem Lager Omarska berichtete. Zwar hatten die verantwortlichen serbischen Behörden die meisten Häftlinge bereits in andere Lager überführt, um schnell Spuren zu verwischen. Doch sprachen die Bilder von den 150 zurückgebliebenen, ausgemergelten Gefangenen für sich. Erst am 7. September suchten Beamte des Internationalen Roten Kreuzes dieses KZ auf.

Die Existenz eines weitverzweigten serbischen Systems von Internierungs- und Konzentrationslagern im Frühjahr und Sommer 1992 haben inzwischen zahlreiche Überlebende bestätigt. Bereits am 3. Juni 1992 hatte eine Arbeitsgemeinschaft bosnischer humanitärer Organisationen eine Liste von 94 serbischen Lagern in Bosnien-Herzegovina mit 105 348 Häftlingen und elf Lagern in Serbien und Montenegro mit 22 710 Gefangenen vorgelegt. Bereits zu der Zeit sollen 9 100 Häftlinge ums Leben gekommen sein. Dieses Dokument wurde den Vereinten Nationen, dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR), dem Internationalen Roten Kreuz (JKRK) sowie der amerikanischen Regierung vorgelegt. Wider besseres Wissen haben diese Institutionen mehrere Monate lang geschwiegen oder versucht, durch Aussagen über die Existenz von Gefangenenlagern auf beiden Seiten die internationale Öffentlichkeit über die tatsächliche Zahl der serbischen Lager hinwegzutäuschen. Bei der überwältigenden Mehrheit der Häftlinge handelte es sich um Zivilisten, nicht um Kriegsgefangene. Welche Ungenauigkeiten die bosnischen Angaben vom Frühsommer 1992 enthielten, konnte noch nicht bis ins Detail recherchiert werden. Jedenfalls wurden einige der schlimmsten Befürchtungen bestätigt.

Diese Zivilisten waren in Konzentrationslagern wie Trnopolje

Mißhandlungen, Folterungen oder Vergewaltigungen ausgesetzt. Sie wurden einzeln oder in kleineren Gruppen ermordet oder in Vernichtungslagern wie Omarska (etwa 1 000 bis 2 000 Ermordete) zu Hunderten getötet. Darüber hinaus sollen mindestens 1 000 Häftlinge aus Omarska spurlos verschwunden sein. Reine Vernichtungslager waren Keraterm, eingerichtet in einer ehemaligen Keramikfabrik in Prijedor, in dem zwischen 500 und 1 500 Insassen liquidiert worden sind, und Luka-Brcko in Nordostbosnien. Hier fanden im Sommer 1992 etwa 3 000 Menschen (fünf Prozent Frauen und Kinder) den Tod.

Die Art, wie die Lagerinsassen getötet wurden, blieb ihren Bewachern überlassen: Viele Gefangene wurden erschossen, von Dum-Dum-Geschossen zerfetzt, von Handgranaten zerrissen oder bei lebendigem Leib verbrannt. Andere wurden in überfüllte Zellen gesperrt und erstickten qualvoll, wenn ihre Bewacher Tränengas in die Räume ausströmen ließen, wieder andere ließ man einfach verbluten, wie die 50 bis 60 Männer im KZ Luka-Brcko, denen die Geschlechtsteile abgerissen worden waren.

Viele der KZs waren Durchgangslager. Insassen, die nicht ermordet worden waren, wurden in andere Lager weitertransportiert oder in Konvois über die Waffenstillstandslinien nach Mittelbosnien oder Kroatien abgeschoben.

Nach den Berichten der internationalen Medien im August – möglicherweise als Vorsichtsmaßnahme zur Beseitigung von Augenzeugen – sind höchstwahrscheinlich mehrere tausend Lagerinsassen getötet worden. Im September und Oktober 1992 haben Vertreter des UNHCR und des IKRK eine ganze Reihe der serbischen Lager inspiziert, die Insassen zum Teil registriert und zunächst die Überführung von 1 500 Häftlingen aus Trnopolje in die kroatische Stadt Karlovac veranlaßt. Für eines der offensichtlich furchtbarsten Lager, das Gefängnis von Foca, erhielten die humanitären Vertreter keine Besuchserlaubnis. Seither scheinen serbische Einheiten eher die Einrichtung kleinerer, flexibler »Privatlager« und die schnellere Abschiebung der verbliebenen nichtserbischen Bevölkerung in »Konvois« bevorzugt zu haben. Denn inzwischen sind auch Lager, wie Bosanski Samac, bekannt geworden, deren Namen nicht auf den bosnischen Listen standen.

Mit der Politik der »Ethnischen Säuberung« hatten serbische Cetniks und Armee-Einheiten bald nach der Machtergreifung in weiten Teilen West- und Ostbosniens im April 1992 begonnen. Vor

allem die muslimische Gemeinschaft, aber auch die kroatische Volksgruppe außerhalb der Hercegovina hatte sich gar nicht oder nur unzureichend auf die Abwehr der serbischen Aggression vorbereitet. Die Ausführung eines von der Führung der serbischen Bosnier und der Regierung in Belgrad geplanten Genozids kam für die Masse der muslimischen Bevölkerung völlig unerwartet. Viele Flüchtlinge berichten fassungslos, daß sich ihre serbischen Nachbarn und Bekannten oft an den Mordaktionen beteiligten. Dies bleibt für die, die überlebten, ein zusätzliches Trauma.

Im Frühjahr und im Sommer wurden scheinbar willkürlich, aber kontinuierlich muslimische Dörfer und Stadtteile ohne Vorwarnung von Artillerie und Panzern angegriffen oder umstellt und schließlich eingenommen. Serbische Soldaten oder Cetniks ermordeten einzelne oder massakrierten kleinere Gruppen. Dann wurden die männlichen Einwohner fortgeführt und in die verschiedenen Lager transportiert. Häuser und Wohnungen wurden völlig ausgeplündert, Autos, Vieh und landwirtschaftliche Maschinen geraubt, ganze Dörfer zerstört. Die zurückgebliebenen Kinder, Frauen und Alten wurden drangsaliert, gefoltert oder vergewaltigt. Viele von ihnen wurden ebenfalls in Lager abtransportiert. Vor ihrer Vertreibung mußten muslimische und kroatische Bosnier Abtretungserklärungen betreffend Haus, Hof oder Geschäft unterzeichnen.

Es gab Dorfgemeinschaften, die über Wochen verschont blieben, aber die »Säuberung« der Nachbarorte mit ansehen mußten. Über Monate lebten sie in Angst und Ungewißheit, bis ihr Dorf schließlich angegriffen wurde. In der Zwischenzeit hatten die Einwohner in der Regel ihre Arbeitsplätze verloren. Menschen, die in die Berge oder Wälder geflohen waren, wurden vielerorts wie Freiwild gejagt oder getötet, wenn es ihnen nicht gelang, die bosnischen Linien zu erreichen.

Vor allem Frauen, Kinder und Alte wurden im Sommer 1992 in geschlossenen Güterzügen, oft ohne Wasser und Nahrungsmittel und ohne sanitäre Anlagen, in tagelanger Fahrt bei unerträglicher Hitze aus den serbisch kontrollierten Gebieten deportiert. Bei den Transporten von nichtserbischen Zivilpersonen in Lastwagen und Bussen in die Nähe der von bosnischen Truppen kontrollierten Linien wurden immer wieder die wenigen verbliebenen jungen Männer herausgeholt und erschossen, Frauen vergewaltigt und die Insassen ihrer letzten Habe beraubt. Das größte Massengrab, in dem über 3 000 ermordete »Konvoi«-Opfer liegen sollen, befindet sich in

Koricanska Stijena, einem Dorf im Vlasic-Gebirge bei Travnik. Viele andere Massengräber sind über Bosnien verstreut und konnten bisher nicht aufgesucht werden.

Die Gefahr für Leib und Leben wird für die Zurückbleibenden ständig größer. Im Bezirk Prijedor etwa, wo von 67 000 Nichtserben nach Auskunft des Vertriebenenverbandes nur 3 000 zurückgeblieben sein sollen, haben Hunderte von Muslimen und Kroaten in dem geräumten Internierungslager von Trnopolje Schutz gesucht. Im Spätherbst 1992, nachdem kaum noch ein westlicher Journalist im Gebiet von Banja Luka recherchiert, sollen dort täglich fünf bis zehn Muslime ermordet werden.

In den besetzten Gebieten sind Muslime und Kroaten zu Menschen dritter Klasse geworden, die ständig um ihre Sicherheit und ihr Leben fürchten müssen. In verschiedenen Bezirken wurden Sonderbestimmungen erlassen, nach denen für Nichtserben die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, der Aufenthalt außerhalb bestimmter Zonen und das Zusammenstehen von mehreren Personen verboten ist.

Nach Aussagen von Flüchtlingen werden vor allem Angehörige der politischen und intellektuellen Eliten verfolgt und ermordet. Dies bestätigt auch der Report des amerikanischen State Departments vom November 1992 aus dem KZ Omarska. Roy Gutman, wohl der beste Researcher des in Bosnien an den Muslimen begangenen Genozids, schreibt, daß zwar die Methoden der »Ethnischen Säuberung« von Ort zu Ort wechselten, doch durchgängig überall »die am besten Ausgebildeten, die Wohlhabenden, die Erfolgreichsten und die politische und religiöse Führungsschicht nach vorbereiteten Listen festgenommen wurden. Im überwiegend muslimischen Ostbosnien wurden sie von paramilitärischen serbischen Verbänden in ihren Dörfern exekutiert. In einigen der eroberten Gebiete Nordbosniens wurden sie in Lager überführt und dort ohne richterliche Verhandlungen hingerichtet. In Westbosnien ... gab es offensichtlich einen Machtkampf zwischen bereits seit langem regierenden Serben, die Gerichtsverhandlungen verlangten und Radikalen, die summarische Exekutionen forderten. Offensichtlich konnten sich letztere durchsetzen.«

Das amerikanische State Department berichtet über ein Massaker an muslimischen Patienten im »Medizinischen Zentrum« der Stadt Zvornik am 21. Mai. Laut Aussage eines Angestellten hätte man dort für verwundete serbische Soldaten Platz schaffen wollen und des-

halb gegen ein Uhr mittags 36 erwachsene Patienten vor dem Hospital erschossen. Ein serbischer Chirurg sei wahnsinnig geworden, als er am selben Tag hilflos mitansehen mußte, wie Uniformierte und nicht uniformierte serbische Soldaten 27 Kleinkinder ermordeten, die im Krankenhaus behandelt werden sollten.

Frauen, die vertrieben wurden oder geflohen sind, berichten über Vergewaltigungen, denen auch immer wieder Kinder zum Opfer fallen. Die Vergewaltigungen erfolgten systematisch und seien von oben angeordnet. Die bosnische Frauen-Flüchtlingsbewegung »Tresnjevka« in Zagreb hat eine Liste mit 17 Zwangsbordellen veröffentlicht. Serbische Truppenverbände hätten Bordelle in Gasthäusern und Hotels eingerichtet, in denen Tausende muslimischer Frauen festgehalten würden. Viele von den vergewaltigten schwangeren Frauen würden über Monate inhaftiert, um sicherzugehen, daß sie Kinder gebären. Roy Gutman hat bei seinen Recherchen in Flüchtlingslagern immer wieder festgestellt, daß dort wenige Frauen und Mädchen unter 25 Jahren zu finden waren, und den Schluß gezogen, daß diese bewußt ausgesondert und in Bordelle oder besondere Gefängnisse gebracht worden sein müssen. Nach Auffassung bosnischer Politiker und Intellektueller in Sarajevo und Zagreb sind sowohl die Massenvergewaltigungen junger Frauen als auch die häufigen Liquidierungen junger muslimischer Männer Teil eines Genozidplans: Vor allem an dem »reproduktivsten« Teil der muslimischen Bevölkerung.

Mit erschreckender Selbstverständlichkeit wird von westlichen Regierungen die systematische Bombardierung und Beschießung ziviler Objekte hingenommen. Oft werden bosnisch-muslimische Dörfer und Stadtteile ohne Vorwarnung und ohne Auswahl militärischer Ziele nach dem Prinzip der »Verbrannten Erde« zerstört. Diese serbische Kriegsführung wird Tausende, wahrscheinlich Zehntausende Zivilpersonen getötet haben. Für Kroatien wird die Zahl der völlig oder teilweise zerstörten Ortschaften mit über 500 angegeben. Für Bosnien-Herzegowina dürfte sie inzwischen wesentlich höher liegen.

Es muß davon ausgegangen werden, daß serbische Truppen systematisch die muslimische, aber auch die katholische Kultur in Bosnien-Herzegowina zerstören. Unterschiedslos werden die islamisch geprägten Altstädte von Sarajevo und Mostar dem Erdboden gleichgemacht, wurden bereits 620 Moscheen, aber auch Medressen, Bethäuser und islamische Bibliotheken gesprengt, verwüstet, ver-

brannt oder beschossen. Zerstört wurden auch 350 katholische Kirchen.

Wieviele Menschen durch die serbische Aggression in Bosnien-Herzegovina bisher ums Leben kamen, ist schwer zu sagen; nach Schätzungen des Herausgebers muß von mindestens 200 000 Toten ausgegangen werden. Demnach sind sechs bis sieben Prozent der nichtserbischen Bevölkerung umgekommen. Der höchste Würdenträger der serbisch-orthodoxen Kirche Bosniens, Metropolit Dabro Bosanski Nikolaj, sprach am 28. September 1992 in einer Sendung der privaten Fernsehstation TV-Studio B von 120 000 getöteten bosnischen Muslimen und 30 000 muslimischen Frauen, die nach Vergewaltigungen schwanger wurden. Nikolaj soll diese Aussage später widerrufen haben.

Die Zahl der im serbisch okkupierten Nordost- und Westbosnien verbliebenen Muslime und Kroaten ist unbekannt. Über 500 000 sollen nach Mittelbosnien und in die Herzegovina vertrieben worden sein. Bis zu 750 000 könnten noch in eingeschlossenen Enklaven wie Bihac, Gorazde und Sarajevo zusammengedrängt sein. 300 000 Flüchtlinge hat Kroatien aufgenommen. Mehrere Hunderttausend Vertriebene leben in der ganzen Welt – von Kanada bis Malaysia – verstreut.

Verzweifelt und durchaus mit dem Flüchtlingsschicksal der deutschen Juden in den 30er und 40er Jahren vergleichbar ist die Lage jener muslimischen Bosnier, die ihr Leben und das ihrer Kinder zu retten versuchen. Auf 800 000 Flüchtlinge und Vertriebene im eigenen Land verweisend, hält Kroatien seine Grenzen geschlossen. Italien und Großbritannien haben sich völlig abgeschottet. Verglichen mit anderen westeuropäischen Ländern haben Deutschland und Österreich die meisten Bosnier aufgenommen. Deutschland hat inzwischen einen Visumzwang für bosnische Staatsbürger eingeführt. Fast alle anderen europäischen Staaten verweigern die Aufnahme größerer Flüchtlingsgruppen.

Die in Bosnien und der Herzegovina Zurückgebliebenen sind im Winter 1992/93 vom Tod durch Hunger, Erfrieren, Seuchen oder Infekte bedroht. In Teilen Bosniens sind Typhus- und Hepatitis-Epidemien ausgebrochen. Nach verschiedenen Schätzungen könnten 200 000 bis zu einer Million Muslime und Kroaten Opfer des extrem kalten bosnischen Winters werden. So unterstützen nicht nur der Zynismus der westlichen Großmächte, sondern auch die Naturgewalten die serbische Politik der »Ethnischen Säuberung«.

Ende November schätzte die Gesellschaft für bedrohte Völker die Zahl der möglichen Todesopfer pro Tag auf 500 und veröffentlichte diese Zahl nicht zuletzt, um die Bundesregierung und die Hilfsorganisationen im deutschen Sprachgebiet wenigstens zu schnellerer humanitärer Hilfe zu bewegen.

An den serbischen Verbrechen in Bosnien beteiligt sind Einheiten der früheren Jugoslawischen Bundesarmee, Cetnik-Verbände verschiedenster Zusammensetzungen und serbische Zivilisten, die im Frühjahr 1992 wahllos von der Armee bewaffnet wurden. Die Täter sind vor allem Serben aus Bosnien, Serbien und den besetzten Gebieten Kroatiens sowie Serbo-Montenegriner. Es muß damit gerechnet werden, daß sich Tausende als Wärter in Konzentrations- und Internierungslagern, als Folterer, Vergewaltiger oder Mitglieder von Erschießungskommandos schuldig gemacht haben. Weitere Zehntausende haben sich durch Plünderungen oder Übernahme des Eigentums von Getöteten oder Vertriebenen (Häuser, Land, Betriebe) kompromittiert.

Serben zählen jedoch nicht nur zu den Tätern, sondern sind auch unter den Opfern. Teile der serbischen Bevölkerung flüchteten aus Bosnien, um sich von Verbrechen zu distanzieren, um Kriegshandlungen auszuweichen, weil sie die Rache von Kroaten und Muslimen fürchteten oder weil sie von serbischen Truppen zur Flucht gezwungen wurden. Serben, die sich für ihre nichtserbischen Nachbarn einsetzten, wurden oft mit Repressalien bedroht, mißhandelt, interniert und in Einzelfällen auch ermordet.

Das noch nicht von Serbien völlig eroberte, mit verelendeten und traumatisierten Flüchtlingen überfüllte Drittel Bosnien-Herzegovinas wird von verschiedensten Widerstandsgruppen kontrolliert: von bosnischen Regierungstruppen, muslimischen Gardien, der bosnisch-kroatischen Armee (HVO), in der West-Herzegovina von den Gardien des kroatischen Rechtsradikalen Paraga (HOS). Obwohl die bosnische Regierung die Politik der »Ethnischen Säuberung« prinzipiell verurteilt, sind bosnisch-kroatische Truppen (HOS) für die Vertreibung einzelner serbischer Dorfgemeinschaften, so am Kuprespaß und nördlich von Tomislavgrad, verantwortlich. Im Oktober 1992, nach den Kämpfen zwischen kroatischen und muslimischen Verbänden in Teilen Mittelbosniens, wurden auch Gruppen von muslimischen Bosniern von der HVO vertrieben, so in Prozor.

Verschiedene Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen wurden von bosnisch-muslimischen wie von kroatischen

Truppen verübt. So deuteten HVO-Soldaten in Tomislavgrad gegenüber dem TAZ-Korrespondenten Erich Rathfelder an, daß sie serbische Soldaten bei der Gefangennahme erschießen. Muslime wenden zunehmend Guerillakrieg-Methoden an. Nicht immer unterschieden diese Widerstandsgruppen zwischen serbischen Bewaffneten und Zivilisten. Nach der Sprengung des Belagerungsringes der monatelang beschossenen, ausgehungerten und eingeschlossenen Stadt Gorazde beschossen am 27. August 1992 in der Schlucht von Frjila muslimische Verteidiger eine Kolonne von 3 000 flüchtenden serbischen Zivilisten, von denen 50 den Tod fanden.

Bis zum September 1992 haben die amerikanische Regierung, die Vereinten Nationen und das Internationale Rote Kreuz die »Internierungslager« auf »beiden Seiten« gleichgesetzt und so über die Systematik des serbischen KZ-Lagersystems und dessen Umfang hinwegtäuschen können. Auch Roy Gutman bezeichnet die Gleichsetzung der Lager beider Seiten als »Lüge«. Lüge ist seiner Ansicht nach auch, daß die zu 95 Prozent zivilen KZ-Häftlinge in serbischen Lagern als »Kriegsgefangene« bezeichnet werden.

Nichtsdestoweniger haben auch Muslime und Kroaten in Bosnien Lager mit insgesamt etwa 1 000 Häftlingen unterhalten, in denen allerdings keine systematischen Vernichtungen festgestellt werden konnten. In verschiedenen Lagern wurden neben Kriegsgefangenen jedoch auch Zivilisten gefangengehalten. In einigen dieser Internierungslager hat die KSZE-Delegation im September 1992 festgestellt, daß Mißhandlungen, Folterungen und in dem Lager Konjic-Cele Erschießungen ausgeführt wurden.

Beschluß des Kriegspräsidiums über den Status der nichtserbischen Bevölkerung in Celinac

Serbische Republik von Bosnien-Herzegovina
Die Gemeindeverwaltung von Celinac
Kriegspräsidium

Bei einem Treffen vom 23. Juli 1992 kam das Kriegspräsidium zu folgendem Beschluß über den Status der nichtserbischen Bevölkerung der Gemeinde Celinac:

Artikel 1

Infolge der Kämpfe auf dem Territorium der Gemeinde Celinac

und der näheren Umgebung gibt es gute Gründe, den Status der nichtserbischen Bevölkerung mit klar definierten Rechten und Pflichten zu bestimmen.

Artikel 2

Bürger, die unter den Artikel 1 der Gemeinde Celinac fallen, sind solche Individuen, die sich an negativen Aktivitäten beteiligt haben und auf verschiedenste Weise entlarvt wurden. Für solche Leute wird mit Rücksicht auf die übrige nichtserbische Bevölkerung ein Sonderstatus festgelegt.

Artikel 3

Bürger, die unter Artikel 1 fallen, haben das Recht, ohne Beeinträchtigung in ihrem Zuhause zu leben, zu arbeiten, und ihre täglichen Besorgungen zu machen. Außerdem kümmert sich die Gemeinde um ihre persönliche Sicherheit und läßt ihren persönlichen Besitz unangetastet. Auch bleiben das Recht auf medizinische Versorgung und die Rentenversicherung erhalten.

Artikel 4

Bürger, die unter Artikel 1 fallen, haben die Erlaubnis, das Gebiet der Gemeinde zu verlassen, vorausgesetzt, ihre Umsiedlung ist organisiert und betrifft die ganze Familie. Außerdem müssen die lokalen Behörden sie mit den dafür vorgesehenen Reisepapieren und Papieren für eine freie Durchfahrt versorgen.

Artikel 5

Bürger, die unter Artikel 1 fallen, haben folgende Regeln zu befolgen:

- nicht erlaubt ist, sich in der Stadt zwischen 16.00 und 6.00 Uhr zu bewegen
- nicht erlaubt ist, sich auf der Straße, in Restaurants oder an anderen öffentlichen Plätzen aufzuhalten
- nicht erlaubt ist, in den Flüssen Vrbanja und Josevica zu schwimmen, zu fischen und zu jagen
- nicht erlaubt ist, ohne die dafür vorgesehene Autorisierung durch die Behörden in andere Städte zu reisen
- nicht erlaubt ist der Besitz von Feuerwaffen, unabhängig davon, ob die nötige Genehmigung vorliegt
- nicht erlaubt ist, mit Kraftfahrzeugen zu fahren
- nicht erlaubt ist, sich in Gruppen von mehr als drei Menschen aufzuhalten

- nicht erlaubt ist, ohne Genehmigung mit Verwandten zu verkehren, die keine Bürger der Gemeinde Celinac sind; das heißt, deren Besuche müssen angemeldet werden
- nicht erlaubt ist, mit anderen Telefonen als denen in Postämtern zu telefonieren
- nicht erlaubt ist, Militär-, Polizei- oder Forstuniformen zu tragen
- nicht erlaubt ist, Grundbesitz zu verkaufen oder die Wohnung zu wechseln, ohne eine spezielle Genehmigung der Gemeindebehörde

Artikel 6

Bürger, die unter Artikel 1 fallen, können zu bestimmten Arbeiten gezwungen werden oder können gemaßregelt werden. Auf keinen Fall dürfen sie dem Freiheitskampf des serbischen Volkes schaden. Sie sind auch dazu verpflichtet, Solidarität mit den Armen ihrer Nationalität zu zeigen. Sie sind verpflichtet, sich bei Luftangriffen in Schutzräumen oder Kellern zu verstecken oder Frauen, Kindern und anderen Individuen, die sich selbst nicht schützen können, beizustehen. Sie sind verpflichtet, die Präsenz von bewaffneten Truppen zu melden oder einzelne Mitglieder der Ustascha-Armee oder der grünen Barette. Die Bürger sind verpflichtet, andere Menschen und deren Eigentum im Fall von Katastrophen, Plünderungen oder Erdbeben zu schützen. Die Bürger sind verpflichtet, sich um eine bestimmte Anzahl von Vieh zu kümmern, wenn es die Armee verlangt.

Artikel 7

Bürgern, die unter Artikel 2 fallen, ist es nicht erlaubt, Kontakt zu ihren Nachbarn aufzunehmen oder die Wohnung zu verlassen, es sei denn, sie werden zur Arbeit aufgerufen.

Artikel 8

Einzelpersonen oder Familien können von der Geltung dieser Beschlüsse befreit werden, vorausgesetzt, sie bekommen eine spezielle Genehmigung vom Kriegspräsidium ausgehändigt.

Artikel 9

Diese Beschlüsse gelten ab dem 2. August 1992.

Artikel 10

Mißachtung dieser Beschlüsse wird Konsequenzen gemäß rechtskräftigen Vorschriften haben.

Artikel 11

Für die Einhaltung dieser Beschlüsse sorgen die Polizeistation von Celinac und andere Behörden der Gemeindeverwaltung.

Milan Stern

Der Exodus der jüdischen Gemeinde Sarajevos

Die jüdische Gemeinde von Sarajevo ist 500 Jahre alt. 1492 zerfiel das Reich der Araber, das bis nach Spanien gereicht hatte. Damals vertrieb die spanische Königin Isabella alle Juden aus dem Land. Viele von ihnen fanden gerade in Ländern, in denen der Islam die vorherrschende Religion war, Zuflucht. Diese jahrhundertelange, sehr tolerante Haltung der Muslime gegenüber dem Judentum wird heute selten erwähnt, ist aber sehr wichtig, da serbische Politiker zu unterstellen versuchen, daß die Juden in Sarajevo vor muslimischen »Fundamentalisten« Angst haben und deshalb die Stadt verlassen. Die bittere Wahrheit sieht jedoch ganz anders aus: Hunderte von serbischen Heckenschützen und Soldaten mit Kanonen und Raketen haben Sarajevo umstellt. Sie schießen auf alle Menschen, ob Juden oder nicht. Und alle Menschen haben Angst und versuchen, aus der Stadt zu fliehen, auch die Juden.

Die meisten Juden in Sarajevo sind Sepharden, spanische Juden. Viele Ältere sprechen noch immer spanisch. Ein kleinerer Teil, wie auch meine Familie, sind Aschkenazen, deutsche Juden. Wir Juden leben in einer Stadt, die wir alle sehr lieben. Dies hat keine »materiellen« Gründe, es ist eher ein Gefühl der Gemeinsamkeit, ein Gefühl, daß Sarajevo anders ist und daß dieses »Anderssein« viel wert ist. Umso tragischer ist die Situation heute.

Katholiken, Orthodoxe, Muslime und Juden, wir alle lebten zusammen. Sarajevo war ein Beispiel für andere in Jugoslawien. Wir waren wie ein gelebter Traum des Zusammenseins. Und alle, unabhängig von der Religion, kamen zu uns. Wir veranstalteten Vorlesungen, Musikabende, Streitgespräche. Alle waren wir froh, wenn der Monat des Ramadan kam. Am Heiligabend gingen wir alle zusammen in die katholische Kirche und warteten auf Mitternacht. Wir feierten eine Woche später noch einmal Weihnachten mit den Orthodoxen. Meine kleine Tochter stand häufig vor der Hauptmoschee in Sarajevo, dort wollte sie immer wieder in einen alten Brunnen sehen. »Gott wohnt hier«, sagte sie zu mir.

Die jüdische Gemeinde Sarajevos hat Schlimmes erlebt. Als 1941 die Deutschen ein faschistisches Regime in Kroatien errichteten, wurden die Juden vom ersten Tag an verfolgt. Damals lebten noch 15 000 Juden in Sarajevo, 1945 waren es nur noch 1 500. Aber die Gemeinde lebte weiter, nach dem Zweiten Weltkrieg mit neuer Hoffnung. Nach diesem Krieg – hoffentlich irre ich mich – wird es keine Hoffnung mehr geben, denn es wird in Sarajevo keine Juden mehr geben.

Vor drei Jahren fing es an. Meine guten Freunde, darunter viele Serben, hatten unsere Gemeinde häufig besucht. Aber dann kamen plötzlich andere Serben zu uns und erzählten immer wieder: »Kroatien sind Mörder, Muslime sind blutsaugende Fundamentalisten.« Die Serben seien jetzt gefährdet in Jugoslawien, genau wie die Juden 1941.

Diese Geschichte wurde später sehr ernst. Der Krieg brach aus. Obwohl die Serben eine Stadt nach der anderen eroberten und zahllose Kroaten und Muslime töteten, erzählten viele serbische Intellektuelle immer noch, daß die Serben in Kroatien und Bosnien die Rolle der Juden übernommen hätten – sie seien jetzt die Opfer, wie die Juden vor 50 Jahren. Es ging so weit, daß die schrecklichsten Verbrecher und Menschenschlächter, wie etwa der Belgrader Kapetan Dragan, sich mit einer Halskette, an der ein jüdischer Stern hing, fotografieren ließen.

Die Absicht war klar: Man versuchte, Haß und Mißtrauen zwischen Kroaten, Muslimen und Juden zu säen. Für die jüdische Gemeinde in Sarajevo ist die Situation damit noch gefährlicher geworden. Ich kann nicht behaupten, das solche Machenschaften gezielt antisemitisch waren, aber sie waren unethisch, unmoralisch und gefährlich.

Und jetzt? Jetzt haben die Serben auch meine Wohnung zerschossen. Meine Familie und ich, wir können nicht mehr zurückkehren.

Die Serben haben sich auch auf dem jüdischen Friedhof verschanz, von dort kommen Todesschüsse. Mit einem Fernglas sieht man die beschmutzten Gräber. Sliwowitz-Flaschen liegen dort herum.

Es steht schlecht um unsere Gemeinde in Sarajevo. Ich fühle mich hilflos. Nur 100 Juden sind noch in Sarajevo geblieben. Nach 500 Jahren scheint uns die Königin Isabella eingeholt zu haben.

Tilman Zülch

Bosniens »Kristallnacht« oder Die Zerstörung einer islamischen Kultur

Serbische Truppen treiben Tausende der Muslime von Bratunac, vor allem Frauen, Kinder und Alte, im Fußballstadion dieser bosnischen Kleinstadt zusammen. Unter ihnen ist der Imam Mustafa Mujkanovic. In Anwesenheit seiner gesamten Gemeinde soll er sich bekreuzigen, doch der islamische Geistliche weigert sich. Darauf schlagen sie ihn, stopfen Sägemehl und Bier in seinen Mund und schlitzen ihm die Kehle auf.

So faßt der Imam von Tuzla, Fadil Spahic, die Berichte von Augenzeugen aus Bratunac für den Korrespondenten der amerikanischen Zeitung »Newsday« zusammen. Sevko Omerbasic, der Mufti von Zagreb, erklärt, daß nach einer von islamischen Geistlichen erstellten Liste bereits bis Ende Juli 1992 mindestens 37 islamische Geistliche exekutiert, 35 in Konzentrationslagern interniert und über 300 des Landes verwiesen worden seien.

Auch im westbosnischen Prijedor suchen die serbischen Bundes- und Cetniktruppen als erstes nach den islamischen Geistlichen. Zunächst können die Muslime der Region, die wie die muslimische Bevölkerung im größten Teil Westbosniens keinerlei bewaffneten Widerstand geleistet hatten, die meisten Geistlichen in den Bergen und Wäldern verstecken, später nach Kroatien hinausschmuggeln. Doch Hodscha Sulejman Dizdarevic von Carabovo wird gefaßt und mit 30 Mitgliedern seiner Gemeinde in der Moschee verbrannt. Auch Hodscha Hamid Softic aus Kozarac wird ermordet. Unter den heute in Karlovac untergebracht überlebenden ehemaligen KZ-Insassen befindet sich auch der muslimische Imam Mamulin Ilijad aus Kozarac. Fast leidenschaftlos berichtet er über das Schicksal seiner Gemeinde und informiert mich über seine Glaubensgrundsätze. Er wirkt auf mich wie ein Urchrist. »Wer einen Menschen tötet, der tötet die ganze Menschheit, und wer einen Menschen rettet, der rettet die ganze Menschheit«, sagt er mir.

Bevor die Verfolgung und Vernichtung der Muslime durch serbische Truppen im April 1992 begann, galt Bosnien als Festung der Toleranz auf dem Balkan. Muslime, katholische und orthodoxe Christen sowie Juden, die vor 500 Jahren vor der spanischen Inquisition geflüchtet waren, lebten friedlich miteinander. Diese älteste und bedeutendste islamische Kultur Europas geht auf die Bogumilen

zurück, eine von Katholiken und Orthodoxen als ketzerisch angefeindete christliche Glaubensgemeinschaft. Geschlossen traten die Bogumilen zum Islam über. Seitdem ist die Mehrheit der bosnischen Bevölkerung islamischen Glaubens. Wiederholt versuchten serbische Politiker nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, die Muslime Bosniens zu schwächen, indem sie Hunderttausende in die Türkei vertrieben.

Die »Kristallnacht« für die bosnischen Muslime dauert jetzt schon fünf Monate, schreibt der jüdisch-amerikanische Journalist Roy Gutman. Nach Angaben des höchsten islamischen Geistlichen des ehemaligen Jugoslawien in Sarajevo, Reis Ulema Selim Jakubovski, wurden bisher 620 Moscheen verbrannt, zerstört oder beschädigt.

Es begann am 8. April in Zvornik. Serbische Truppen zerstörten oder beschädigten 19 Moscheen in der Stadt und in den umliegenden Dörfern sowie mindestens 50 in den Städten der gesamten Region. Noch Ende August '92 berichtete der in Zagreb ansässige Vertriebenenverband der Muslime aus Zvornik, die Moschee von Rijeka sei von Serben in die Luft gesprengt worden. Viele der schönsten und ältesten europäischen Moscheen wurden planmäßig verbrannt, gesprengt oder zerschossen. Allein in Foca waren es 14, darunter die farbenprächtige Moschee Aladza aus dem Jahre 1540. Zerstört wurden auch die älteste Moschee Bosniens, 1448 in Ustikolina errichtet, sowie die 13 islamischen Gotteshäuser der Altstadt von Mostar, alle erbaut in den Jahren 1528 bis 1631. In Sarajevo wurden die Gazi Husref Beg Moschee (1530), die Imperiale Moschee (1450) und die Ali Pascha Moschee aus dem 16. Jahrhundert zusammengeschossen. Serbischer Artillerie fielen hier auch die Gazi Husref Beg Bibliothek aus dem Jahre 1530, die jahrhundertealte Stadthalle mit der nationalen Bibliothek sowie die Bibliothek des Orient-Institutes und das neue islamische Seminar der Universität zum Opfer.

»Serbische Truppen vernichten planmäßig jedes Denkmal, jedes historische Gebäude, das die Kultur, Tradition und Kontinuität des islamisch-bosnischen Volkes repräsentiert«, sagt der bosnische Architekt Zehrid Kopic aus Tuzla, der dabei ist, eine Liste der zerstörten Denkmäler Nord-Ost-Bosniens zusammenzustellen. Smail Balic, einer der bedeutendsten Kenner bosnischer Kunstgeschichte und ehemaliger Kurator der österreichischen Staatsbibliothek in Wien, wirft den herrschenden Kreisen Serbiens vor, alles eliminieren zu wollen: die bosnische Tradition, die türkische Tradition, die Tradition Österreich-Ungarns.

Das bosnische Institut in Zürich, eine unabhängige wissenschaftliche Institution, schätzt, daß 90 Prozent der Moscheen in den serbisch besetzten Gebieten inzwischen zerstört worden sind. Roy Gutman schreibt: »Der serbische Krieg gegen Bosnien war von Anfang an ein Anschlag gegen die religiöse und kulturelle Tradition des bosnisch-islamischen Volkes.« Die systematische Konzeption dieser Zerstörung trete durch die Untersuchung von Wissenschaftlern immer deutlicher hervor. Das religiöse und kulturelle Erbe von sechs Jahrhunderten sei weitgehend ausgelöscht. »Es ist furchtbar. Aus dem Blickwinkel der Kunst- und Architekturgeschichte ist es einfach unfassbar«, kommentiert Bogdan Bogdanovic, der berühmteste serbische Architekt und ehemalige Bürgermeister von Belgrad. »Wunderschöne Altstädte wurden völlig zerstört und eine unendliche Zahl historischer Gebäude. Es ist ein Verbrechen gegen die Zivilisation, eine Schande für mein Volk und die Armee, die das angerichtet hat.« Mitteleuropas bedeutendste islamische Städte, Sarajevo und Mostar, wurden in Schutt und Asche gebombt.

Deutliche Worte fand der Berater des amerikanischen Präsidenten, der kürzlich Nord-Bosnien besuchte: »Die Situation wäre völlig anders, wenn Christen oder Juden in Bosnien vernichtet würden. Dann gäbe es ein Vielfaches mehr an Solidarität und Betroffenheit.«

Karlovac, Ende Oktober 1992

Roy Gutman

Das Konzentrationslager Omarska: Spuren des Todes verwischt

Dem ausgedehnten Bergwerkskomplex mit seinen offenen Zechen und seiner Erzverarbeitungsanlage sieht man nicht mehr an, daß er für mehrere Wochen ein Konzentrationslager war. Die Gebäude in der kargen Grenzlandschaft sind gründlich gereinigt worden. Es gibt keine Spuren mehr von dem Blut, das hier vergossen wurde. Aber dennoch haben Dutzende von Augenzeugen während der letzten Monate eindeutige neue Beweise für Greuelthaten geliefert: In diesem Bergwerk, in dem die Serben mehrere tausend bosnische Muslime und Kroaten gefangenhielten, wurde gemordet und gefoltert – nach Aussagen ehemaliger Gefangener fast überall auf dem weitläufigen Gelände.

In einer großen Halle, in der normalerweise Geräte für Erdarbeiten gelagert werden, hätten bewaffnete Wachen qualvolle Foltern